

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzelle 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Ein Goethewort.

Ein Goethewort möchten wir unsern Kollegen mit auf den Weg geben: einen Wegweiser, den niemand umsonst fragen wird. Der Alte von Weimar war ja weltberühmt, wie kaum ein anderer im Deutschen Geistesleben.

„Ein Blick ins Buch und zwei ins Leben!“

Vertief dich in die Schätze, die Männer und Denker für dich aufgestapelt. Steh zu, daß du Erkenntnis und Weisheit aus ihnen saugst, der Deine gleich, die aus dem Blütenfelsch das Beste sammelt zu neuem Leben. Sammle aus dem Bücherfalsch für die Erneuerung des Lebens, deines Lebens und jener, die um dich sind. Was du liest, sei der Samen, den du streust, um lebendige Frucht zu sammeln.

Die Bücherweisheit ist ohne Wert, wenn sie nicht steht in ständiger Fühlung mit dem Leben. Ueber ihr steht die Erfahrung, die das Leben dir Tag für Tag mit vollen Händen anbietet: dort greife immer zuerst zu.

Schon n. a. d. Redner ist vor dir aufgetreten. Erinnerst du dich, wie sein Wort auf dich eingewirkt? Jener kam als gelehrter Mann, ließ in köstlich wohlklingender Sprache die Gedanken der Geistesheroen vor dir aufsteigen, daß du mit angehaltenem Atem lauschest und den Geist bewunderst, der alles in sich aufgenommen, um es dir wiederzugeben. Und doch — es fehlte dir etwas.

Fehlte es dir auch, als jener andere kam, der mit vollen Händen in den Schatz der Erfahrung tauchte, dir vom Leben erzählte? Als er von den kleinen Freuden und großen Leiden sprach, die du selber am eigenen Leibe empfunden? Nur besser, inniger, wahrer Klang das jetzt alles, weil jener es maß an dem Wissen der Denker, und Wissen und Erfahrung, die Leben ist, in fühlbarer Gemeinschaft vor dir erstanden. Fehlte dir auch da das „Etwas“? Gewiß nicht! Diesmal warst du ganz dabei, mit Leib und Seele.

„Ein Blick ins Buch und zwei ins Leben!“

Vergiß es nie, wenn dir dein Leben Lebenswert, wenn es n. u. bringend sein soll für dich und andere!

### Die Uhrenindustrie auf dem Schwarzwald.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie hat ihren Ursprung im südlichen Schwarzwald. Die ersten Anfänge datieren schon von den 60er Jahren des 17. Jahrhunderts. Schon zur damaligen Zeit sollen auf dem Glashof in der Vogtei Waldau, der Herrschaft St. Peter Uhren gefertigt worden sein; und zwar nach dem Muster einer Uhr, die ein Glasträger auf seiner Handelsreise von einem böhmischen Glashändler gekauft hatte. Auch in St. Georgen soll schon am Ende des 17. Jahrhunderts ein Uhrmacher, namens Simon Genninger ansässig gewesen sein. In den Kriegsnöten, die damals den Schwarzwald heimsuchten, blieb es aber vorerst bei vereinzelt Versuchen. Erst um 1720 wurde das Gewerbe an verschiedenen Stellen von neuem aufgenommen. Im allgemeinen gilt Simon Dilger in der Urach, im damaligen Fürstenbergischen Gebiet gelegen, als Bahnbrecher der Uhrenindustrie. Die Zeiten waren günstiger; der neu eingeführte Kartoffelbau ermöglichte die Anzucht eines zahlreichen Säuslerstandes, der darauf angewiesen war, einen Teil des Lebensunterhaltes in industrieller Beschäftigung zu suchen.

Die ersten Schwarzwälder Uhren bestanden nur aus wenigen Rädern mit dem dazu gehörigen Getriebe und Gestell und waren vollständig aus Holz gefertigt. Der Antrieb erfolgte durch Gewichte oder Federn. Die Gleichförmigkeit der Bewegung wurde durch einen wagerechten Balken hergestellt, der durch ein vertikal laufendes Steigrad mittels einer Spindel in schwingende Bewegung versetzt wurde.

Stitz bemühte man sich um die Verbesserung dieser primitiven Konstruktion. Bald konnte man Uhren mit Schlagwerk und nach dem Muster aus Böhmen stammender Uhren, verfertigte man auch die später so berühmten Kuckuckuhren. In den

60er Jahren des 18. Jahrhunderts erschienen die ersten Spieluhren, d. h. Uhren mit Glocken- oder anderem Musikspiel.

Als weitere Uhren besonderer Art, deren Ursprung auf jene Zeit zurückgeht, sind zu nennen, die sogenannten Jockele-Uhren, kleine niedliche Wanduhren, zum erstenmale hergestellt um das Jahr 1790 von Jakob Heßreit aus dem Neustädter Amt, der den Epithetonen „zweimal Jockele“ führte. Alle diese Uhren bilden noch heute Spezialitäten der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Die Spieluhren gaben den Anstoß zu der Entstehung einer eigenen Industrie für Herstellung kleiner mechanischer Musikwerke.

Die wichtigsten Fortschritte aber waren die Ersetzung des Waggballens durch das Pendel, die um das Jahr 1740 fällt, und von einem Christian Wehrle erfunden wurde. Bald darauf erfolgte auch der Uebergang von Holz zum Metall als Material für die Triebe und das Räderwerk. Zuerst wichen die Holztriebe gegen Draht, dagegen kamen Holzräder neben messingenen nach bis in die neueste Zeit hinein vor. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden die zur Aufhängung der Gewichte dienenden Schälre bei den besseren Uhren durch eiserne oder messingene Ketten verdrängt. — Während man zuerst nur Uhren mit 12 Stunden Gangzeit herstellen konnte, lernte man schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts die Erzielung einer Gangzeit von 24 Stunden. 1780 erschienen sogar die ersten 8 Tage-Uhren.

Die raschen Fortschritte in Herstellung und Beschaffenheit von Uhren waren natürlich nur möglich durch vorausgehende Fortschritte in den Werkzeugen, von denen die wichtigsten waren: die Einführung des Bahngeschirrs, die der Teilscheibe und die des Spindlenbohrers. Das Bahngeschirr war ein Apparat, mit dem die Zähne schnell und richtig in das Rad eingeschnitten werden konnten, und wurde von Mathias Zögler von Gütenbach eingeführt. Mit diesem Werkzeug brachte man die Uhr schon in einem Tage fertig, während man vorher 6 Tage brauchte. Die Teilscheibe verdankt die Industrie Friedrich Dilger von Urach. Der Erfinder des Spindlenbohrers war Georg Willmann in Neustadt um das Jahr 1740.

Aus dem jetzt badischen Schwarzwald ist die Industrie frühzeitig auch nach dem württembergischen, an dem östlichen Rande des Gebirges im Oberamt Rottweil liegenden Schwenningen verpflanzt worden, vermutlich von St. Georgen und Hornberg aus, die bis 1809 zu Württemberg gehörten. Die Uhrmachererei des württembergischen Schwarzwaldes geht also in ihren Anfängen bis auf die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Sie blieb aber lange Zeit in sehr bescheidenen Grenzen und beschränkte sich auf einzelne Familien, die, um ihre Kunst als Geheimnis zu bewahren, keine Lehrlinge aus anderen Familien annahmen und ihre Arbeit verdeckten, wenn ein Fremder die Werkstätte betrat. Später forderte man von nicht zur Familie gehörigen Lehrlingen wenigstens recht hohe Lehrgelder. 1820 zählte man in Schwenningen nur 7 Uhrmacher mit 6 Gehilfen und 6 Händler. Die damalige Produktion wird auf 60—70 Stück pro Woche, also 3000 bis 3500 alljährlich geschätzt. Dann aber hat sich die Industrie rasch ausgebreitet. Im Jahre 1839 zählte man in Schwenningen 69 Uhrmacher einschließlich 20 Vorarbeiter.

Von Schwenningen aus wanderte die Industrie in den 1820er und 30er Jahren weiter ins württembergische hinein. So nach Tröpsingen, Thuningen, Halheim, Schura und Deißlingen. Letzterer Ort wurde auch der Sitz eines bedeutenden Uhrenhandels. Schramberg, welches sich heute als Kapitale der ganzen Schwarzwälder Uhrenindustrie fühlt, taucht in den Akten erst im Jahre 1840 als Uhrenort auf.

Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts war das Hauptfabrikat im badischen wie württembergischen Schwarzwald die „Schwarzwälder-Uhr“, d. h. die weit verbreitete Kuckuckuhr und die Schottenuhr. Im Jahre 1865 wurde durch den Niederelsbacher Fabrikanten Wilhelm Jerger die gestanzten Amerikaneruhren eingeführt. Es hatte den Anschein, als ob diese billige und bequem konstruierte Uhr sich bald den Weltmarkt erobern werde.

Dem badischen Schwarzwald, dem die Priorität des Gedankens zukommt, blieb es aber beschieden, sich von der württembergischen Schwesterindustrie überflügeln zu lassen. Es war der Schramberger Fabrikant Erhard Jungmans, der, ohne Sachmann zu sein, Ende der 60er Jahre denselben Gedanken aufgriff, die Fabrikationsweise an der Quelle studierte und die amerikanischen Originalmaschinen über den Ozean heimbrachte. Auf welcher Seite der Erfolg lag, braucht nicht gesagt zu werden. In jenen Tagen war der Grund zur Blüte der württembergischen Uhrenindustrie gelegt. Zwanzig Jahre später, Ende der 80er Jahre wurde die Technik der gestanzten Uhren auf dem Umwege über Württemberg im badischen Schwarzwald wieder aufgenommen. Schramberg aber blieb der erste Platz für deutsch-amerikanische Uhren wie überhaupt die württembergische Uhrenindustrie die badische immer mehr zurückdrängte. Ihre innere Struktur hat einen von der württembergischen Schwesterindustrie durchaus verschiedenen Charakter. Dort eine, ohne hausindustrielle unterlagen und ohne Hemmschuh alter Traditionen auf Neuland vorwärts drängende, kapitalkräftige — die beiden größten Aktiengesellschaften arbeiten mit 6 und 12 Millionen Mark Kapital — durch intensive Ausnutzung der Konjunktur der gestanzten Amerikaneruhren groß gewordene Industrie mit einem halben Duzend sehr großer Betriebe, deren einer bis zu 3000 Arbeiter zählt. Im badischen Schwarzwald ein halbes Duzend mittelgroßer Betriebe mit 200—400 Arbeitern. Nur wenige davon sind auf Aktien gegründet und diese sind verhältnismäßig schwach fundiert. Daneben eine Unmenge kleiner und kleinster Firmen bis herunter zum Motorbetrieb mit 10—20 Arbeitern. Also eine eigenartige Auseinanderlagerung der Betriebe, eine Dezentralisation, die behauertensweise von einer geringfügigen Produktionsleistung begleitet ist und daher nicht den Stempel ökonomischer Berechtigung an sich trägt.

Dazu denke man sich nun eine, meist aus dem Berlegerstande herausgewachsene, im Banne alter Muster, alter Techniken wider ihren Willen besangene Fabrikantenengruppe mit kleinem, durch das beliebte Rentnerbafest des Schwarzwälders nie recht zur Entfaltung gelangenden Kapitalbesitz und einem um so größeren Drang nach unbedingter Selbstbestimmung, der den Gedanken einer solidarischen Produktionspolitik bis zum äußersten ablehnt. Die vielen kleinen Betriebe jammal gefallen sich in der Rolle des geschäftlichen Freischärlers, der auf eigene Faust eine Preispolitik entwirft und in die Enge getrieben „va banque“ spielt, indem er die Qualität seiner Waren verschlechtert.

Man begreift daher, wie es kam, daß die badische Uhrenindustrie seit Jahren die Führung an die württembergische Abwärts wohl oder übel abtreten mußte.

Die Gesamtlage der Schwarzwälder Uhrenindustrie charakterisiert sich augenblicklich als die einer von innen und außen hartbedrängten und auch bezüglich der nächsten Zukunft eher bangenden als hoffenden Industrie, eine Lage, deren Symptome zugleich in vereinzelten Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen, vor allem in den mehrfachen Lohnreduktionen der letzten Jahre offen vor Augen liegen.

In Baden und in Württemberg sann man schon lange auf Mittel und Wege, der Uhrenindustrie aus ihrer Notlage herauszuhelfen. Es traten an die Behörden von außen Gesuche heran, die sie veranlassen sollten, dieser Industrie ihr besonderes Interesse zuzuwenden.

Unter Bezugnahme auf eine, schon 1845 dem Verein zur Förderung der Gewerbe gegebene, erfolglos gebliebene Anregung und unter Hinweis auf die von der badischen Regierung eingeleitete Aktion zur Hebung der Uhrenindustrie schlug der Uhrmacher Hipp in Neutlingen der Zentralstelle die Errichtung einer staatlichen Musterfabrik an einem geeigneten Orte des Schwarzwaldes vor. Diese sollte eine doppelte Aufgabe haben, nämlich einmal im Schwarzwald die Fabrikation von Stand- oder sogenannten Stockuhren einführen, sodann — was das wichtigere war — nach den Musterfabriken in den württembergischen Uhrenindustrie

Driftation als Bestandteil-Lieferant und als Verkäufer der fertigen Uhren für die Uhrmacher dienen. In der Fabrik sollten diejenigen Teile gefertigt werden, deren Herstellung die kostspieligsten und am schwersten zu handhabenden Maschinen erforderte, die übrigen Arbeiten, mit Ausnahme der Fabrikation von Mutteruhren sollten von Arbeitern, die allerdings die Fabrik vorher auszubilden hatte, zu Haus errichtet, die fertigen Uhren wieder in die Fabrik abgefertigt, von dieser geprüft, klassifiziert und verkauft werden. Das Projekt fand aber bei den Behörden keinen Anklang.

In den neunziger Jahren taaten sich die Amerikaner, Schwabacher- und Maschinenfabrikanten zu einer Konvention zusammen. Über diese Konvention erstreckte sich nur eines kurzen Daseins. Sie wurde nach wenigen Jahren durch offene und verschleierte Vertragsbrüche einiger Mitglieder gesprengt.

Der Plan eines derartigen Kartells, das zunächst als Preisartikell gedacht war, hat freilich zur Voraussetzung, daß die Aufnahmefähigkeit des Auslandes stark genug ist, um zu den erhöhten Preisen noch den Roll zu tragen. Denn eine Ueberwälzung des Preises auf die inländischen Verbraucher ist bei dem ungleichen Verhältnis von Export- und Binnenverbrauch  $\frac{1}{4}$  zu  $\frac{1}{2}$  und bei der Verstärkung des Inlandmarktes für Fabrikware infolge der augenblicklichen Ueberchwemmung mit hausindustriellen Fodelnähren und Nippuhren und ähnlichem Kleingezug nicht wohl möglich. Doch scheinen die Unternehmer, die doch stark protektionistische Politik der meisten Uhrenexportländer für weniger drückend zu halten, als die Schleuderkonkurrenz ihrer Landsleute.

Alle die bis heute noch unerfüllten Voraussetzungen lassen die Neubehaltung einer tatkräftigen geschlossenen Kartellpolitik fraglich erscheinen, und so wird dann die unerlässliche Strukturveränderung die Zusammenlegung der Betriebe zwangsweise und automatisch erfolgen. Die schlecht rentierenden Betriebe werden in den größeren untergehen, die Dank ihres stärkeren Kredits, ihrer besseren Technik, ihrer günstigeren Lage eine Vorzugsrente genießen, insbesondere zur Anlage von Auslandskonten befähigt sind. Und wenn es der babylonischen Uhrenindustrie nicht gelingen sollte, gerade ihre besten Arbeiter dauernd an sich zu fesseln, die heute — ein bedrohliches Symptom — den besseren Arbeitsbedingungen der Ebene zuwandern, dann würden sie überhaupt ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vermissen. Dann hätte auf dem Schwarzwalde bestanden. Dann hätte auf diesem Umwege die starke, zielbewusste Persönlichkeit des städtischen Arbeiters der Ebene dem schwächeren Kollegen der Berge die Erlösung gebracht. E. E. St.

**Regenbericht**

Unsere Jahresabrechnung für 1908 wird in der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 20, in einem längeren Artikel einer Kritik unterzogen, die selbstverständlich tendenziös gefärbt sein muß. Das bedingt schon die Unterstellung im soziald. gegenüber der Vermögenszunahme im christlichen Metallarbeiterverband; ein Umstand, der den Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes möglichst verschleiert werden muß. Ob diese Art der Darstellung aber der im freien Verband geplanten Finanzreform förderlich sein kann, wagen wir zu bezweifeln, braucht uns aber auch keine Sorgen zu bereiten.

Der Kritiker in dem sozialdemokratischen Organ bemüht sich anfänglich, sachlich zu bleiben, aber lange ist ihm dies nicht möglich. Schon bei Erwähnung des Lebenslaufes in unserm Verband, den er zum Teil auf die zweite Karrenmode bei Krankheitsfällen zurückführt, wird er höchst ungemächlich und bissig. Bei der Arbeitslosenunterstützung sei dem christlichen Verband die geringere Arbeitslosenzahl und kürzere Dauer der Fälle stets gewesen. Im christl. Verband seien pro Kopf des Mitglieds 1,98 M., im soziald. Verband dagegen 8,54 Mark für Arbeitslosigkeit ausgezahlt worden.

„Würde der christliche Verband, so meint die „Met.-Zeitung“, in gleicher Weise von der Arbeitslosigkeit betroffen worden sein, dann hätte er voriges Jahr 225 000 Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssen. Er würde dann im Gesamtverbande mit einem verhältnismäßig viel größeren Defizit abgeschlossen haben als der Deutsche Metallarbeiterverband bei der Hauptkasse.“

Hier wird das Hauptübel in der Finanzmisere des soziald. Verbandes vorzüglich beschworen, in dem fünf Artikel langen Artikel überhaupt kein Wort davon erwähnt, nämlich die Unterstützung für Unselbstige und -Stunden. Darin liegt zum größten Teil die Ursache des großen Falles im freien Verbande. Gewiß haben die anderen von der „Met.-Ztg.“ angeführten Gründe etwas mitgewirkt. Die Mitglieder des christl. Met.-Verbandes sind verhältnismäßig arm und wecheln infolgedessen weniger die Arbeitsstellen wie das heimlichere Mitgliedermaterial des soziald. Verbandes; die christl. Mitglieder werden daher auch von Entlassungen nicht so häufig betroffen. Dieser Umstand hat zweifellos auch etwas auf die Höhe der Unterstützungssumme eingewirkt, aber der überwiegende Teil der Mehrausgabe im soziald. Verband fällt auf die Unterstützung für Unselbstige. Und davon sagt der Kritiker in der „Met.-Ztg.“ keine Silbe. — Warum wohl nicht? Hat man vielleicht Angst, bei Aufzählung der Unterstützungsleistungen erzeugten Mitgliederzahlen herauszufordern? Oder ist die „Met.-Ztg.“ so schlecht über die Verhältnisse im eigenen Verband entrichtet, daß sie nicht weiß, wo die Wurzel des Übels zu suchen ist? Mag sie sich diese Fragen selbst beantworten.

Bezüglich der höheren Summe für Arbeitslosenunterstützung kommt die „Met.-Ztg.“ zu folgendem höchst sonderbaren Schluß:

„Die Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiterverband während des Krisenjahres 1908 pro Kopf an Arbeitslosenunterstützung allein mehr als den vierfachen Betrag bezahlte als der christliche Verband, beweist aber, daß für die Metallarbeiter Deutschlands nur unser Verband in Zeiten der Not eine Bedeutung hat.“

Das ist eine inhaltlose Agitationsphrase, die mit den wirklichen Tatsachen in direktem Widerspruch steht. Jeder denkende Gewerkschafter weiß es auswendig, daß die Arbeitslosenunterstützung nur eine kleine Hilfe in der Not ist, und jeder vernünftige Arbeiter wird es daher begrüßen, wenn er die Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen braucht. Arbeitslosigkeit ist ohne weiteres vorzuziehen. Die „Met.-Ztg.“ aber behauptet es dem christl. Verband selbst, daß seine Mitglieder von der Gefahr der Arbeitslosigkeit lange nicht so hart betroffen wurden; ergo: daß die Metallarbeiter Deutschlands besser im christlichen Verband aufgehoben sind. Wofür die Sache nun ins Gegenteil verkehrt!

Ähnlich renommiert die „Met.-Ztg.“ auch mit der höheren Summe der Streikunterstützung. Das war auch sehr unklug. Die Höhe der Streikausgaben ist noch lange kein Beweis für die erfolgreiche Tätigkeit einer Organisation. Was nützt es den Mitgliedern, wenn die Gelder fließen und erfolglos verpulvert werden, wie es im soziald. Verband doch nachgewiesenermaßen keine Seltenheit ist. Die für die Kämpfe a la Stettin und Mannheim verausgabten Summen blieben doch alles andere, aber kein Ruhmesblatt in der Finanzchronik des soziald. Verbandes. Oder doch? Also auch hier etwas mehr Bescheidenheit!

Natürlich sollen wir auch gesunkert haben bei der Kritik der Abrechnung des soziald. Verbandes; sonst, so schreibt die „Met.-Ztg.“ hätten wir bei der Berechnung des Durchschnittsvermögens nicht nur den Bestand der Hauptkasse, sondern auch die Lokalbestände der Ortskassen mit zu Grunde legen müssen. Warum denn? Wir haben auch im christl. Verband die Bestände der Lokalstellen nicht mit berechnet, sonst würde das Durchschnittsvermögen noch um über 2 Mark pro Kopf höher herauskommen. Von Plundern kann doch da gar keine Rede sein. Wir sind im Gegenteil noch so weit gegangen, sogar den Posten der Immobilien in der soziald. Verband mitzuberechnen, der aber als flüssige Vermittel zu laufenden Gewerkschaftszwecken kaum in Betracht kommen kann. Denn mit Ziegelsteinen und Bruchsteinen kann man doch keine Unterstützungen ausbezahlen. Würde man aber den Posten Immobilien in Höhe von 1 488 179,76 M., vom Hauptkassenvermögen des soziald. Verbandes in Abzug bringen, so verbleibt nur ein verfügbarer Kassenbestand von 1 987 117,79 M., oder pro Kopf des Mitglieds 3,36 Mark. Eine solche winzige Summe, daß sie bei der heutigen Konstellation dem organisierten Untermium gegenüber tatsächlich nur als vollständige Ohnmacht bezeichnet werden kann.

Gesunkert haben wir also bei unserer Berechnung nicht, im Gegenteil noch sehr objektiv verfahren. Gesunkert hat aber die „Met.-Ztg.“, und nicht zu knapp. Das ist schon mehr plumper Schwindel, was sie sich leistet. Im Begleitartikel zu unserer Jahresabrechnung ist gesagt, daß die ordentlichen Beiträge (nicht die Gesamteinnahme, die höher ist wie im Vorjahr) um rund 20 000 M., gegen das Jahr 1907 zurückgegangen seien. Dazu schreibt die „Met.-Ztg.“ wörtlich wie folgt: „Die Mindereinnahme an ordentlichen Beiträgen ist aber 119 998,55 M.“ Das ist nicht richtig. An ordentlichen Beiträgen gingen ein:

Im Jahre 1907 . . . . . 558 014,20 M.  
im Jahre 1908 . . . . . 538 015,65 M.  
Mithin Mindereinnahme: 19 998,55 M.

Die „Met.-Ztg.“ hat also einfach 100 000 M. hinzugesunkert; oder sollte der Kritiker des soziald. Organ im Kopfrechnen so jämmerlich schlecht beschlagen sein, daß er dieses jedem Schulkind der älteren Klassen geläufige Rechenexempel nicht lösen könnte. Dann sollte er aber auch seine Hände davonlassen und sich nicht blamieren. Damit wollen wir diesen „objektiven“ Kritiker verlassen.

Wenn das Organ des freien Verbandes aber noch immer nicht eingestehen will, daß der soziald. Verband tatsächlich vor dem Bankrott steht, wenn er nicht andere Wege im Unterstützungsweesen einschlägt, so beweisen dies doch die Anträge des eigenen Vorstandes und der besonnenen Mitgliedschaften mit aller Deutlichkeit. Wozu also diese Hiererei und gequälten Beschönigungsversuche? Damit wird den unterstützungssüchtigen Massenmenschen doch nur Wind in die Segel getrieben und die unbedingt notwendige Finanzreform gefährdet.

Hat denn die „Met.-Ztg.“ die Anträge und deren Begründung seitens des eigenen Vorstandes in Nr. 11 der „Met.-Ztg.“ schon vergessen? Wenn auch sehr verklausuliert, wird der Bankrott beim jetzigen Unterstützungsweesen aber doch im Kern der Sache eingehanden. In der Begründung zur Reform des Unterstützungsweesens heißt es z. B. u. a.:

„Man hat mehrfach bemängelt, daß der Verband sich bei seinen Vorschlägen zur Einführung der Arbeitslosen- und namentlich bei der Umwandlung dieser zur Gewerkschaftenunterstützung verrechnet habe. Wenn das auch nicht bestritten werden kann und soll, so ist heute trotzdem noch niemand in der Lage, einwandfrei festzustellen, wie hoch der Bedarf an Mitteln für die Gewerkschaftenunterstützung eigentlich sein müßte. Wenn die Berechnungen des Vorstandes nicht das Richtige getroffen haben, so liegt dies daran, daß zunächst die Unterlagen zu der Berechnung nicht genügend, außerdem aber auch daran, daß sowohl das Jahr 1907 wie 1908 mit Kranten außerordentlich stark belastet waren.“

Die wesentlichsten Vorschläge zur Ausgleichung des Minderverhältnisses in der Leistung des Verbandes an die Mitglieder zu den Leistungen der letzteren an den Verband bestehen:

1. in der Verlängerung der Aufrechnungszeit,
2. in der Verlängerung der Steigerungsfrist,
3. in der Aufhebung der Unerkennung beim Aussehen

4. im Schutz vor gewohnheitsmäßigen und gewerkschaftlichen „Kassenaubern“.

Diese „Regulierungs“-Vorschläge der Verbandsleitung sind doch die offene Bestätigung der Finanzmisere im freien Verband und bilden die schlagendste Widerlegung der feldherrn Fräulein der sozialdemokratischen Presse und Dugendagitatoren. Und wie schrieb doch ein sozialdemokratisches Verbandsmitglied B. aus Frankfurt a. M. in Nr. 14 der „Met.-Ztg.“ am Schlusse eines Klagebriefs über die Finanzmisere:

„Angeichts solcher Tatsachen, wie vorstehend angeführt, muß die Frage aufgeworfen werden: Kann das so weitergehen, wie sollen in Zukunft die Kämpfe geführt werden, und woher soll das Geld kommen?“

Da bevorstehende Generalversammlung in Hamburg wird keine leichte Arbeit haben, diese Frage zu lösen. Den sozialdemokratischen Blättern und Agitatoren kann daher doch mit vollster Berechtigung eine erkleckliche Portion mehr Bescheidenheit angetragen werden. Tatsache ist und bleibt aber, daß der christliche Metallarbeiterverband eine gesunde Finanzpolitik betriebe und heute die leistungsfähigste Organisation der Metallarbeiter Deutschlands darstellt. Davon können alle Verschleierungs- und Verkleinerungsversuche nichts ändern.

Wir meinen außerdem, der freie Verband und Vorstand könnte uns dankbar sein, daß wir ihm beihilflich sind, zu einer vernünftigen Finanzwirtschaft zu kommen. Dies läßt sich nur erreichen, wenn die überspannte Unterstützungsfrage zurückgedrängt wird.

Nicht Schabenfreude hat uns die Feder geführt, sondern das Bestreben, die Metallarbeiter leistungsfähiger zu machen gegenüber einem übermächtigen Unternehmertum. Die Metallarbeiterzeitung wird doch selbst einsehen müssen, daß bei dem jetzigen Zustand der Metallarbeiterverband trotz seiner großen Mitgliederzahl nur ein Spielball in der Hand des Unternehmertums ist. Diese Tatsache läßt sich nicht durch agitatorische Schlagworte beseitigen.

**Unsere Bewegungen und Streiks im Krisenjahr 1908.**

Das Jahr 1908 stand im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Infolgedessen war es nur in beschränktem Umfang möglich, durch größere Bewegungen namhafte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Fast es doch vielmehr vor allen Dingen die vielen allwärts versuchten Lohnreduzierungen abzuwehren oder wenigstens in ihrer einschneidenden Wirkung nach Möglichkeit abzumildern. Die Jaghaftigkeit und Mutlosigkeit der Arbeiter während der Krise hat leider zur Folge gehabt, daß die Organisation nicht in einer Weise eingreifen konnte, wie es notwendig war, um alle Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Die Wirkung der Krise an jenen Orten, wo eine nur schwach oder gar nicht organisierte Arbeiterschaft in Betracht kommt, zeigt recht drastisch die schlimmen Folgen des Indifferentismus so vieler Kollegen. Lohnreduzierungen von beträchtlicher Höhe lasten dort auch jetzt noch auf Massen von Arbeitern, die in Verkennung unserer gewerkschaftlichen Ziele und Bestrebungen untätig zur Seite stehen und großend, aber auch hilflos das drückende Joch der Krise, das ihr Arbeitgeber auf sie abgewälzt hat, ertragen müssen. Nur der Weg zur Organisation kann auch denen in Zukunft erträgliche Zustände schaffen.

Daß unter solchen Umständen sowohl die Zahl der Bewegungen als auch der daran beteiligten Verbandsmitglieder die Höhe der Vorjahre nicht erreicht, ist selbstverständlich. Schon ein Vergleich der in unrem Verband ausgezählten Unterstützungen bei Streiks in den Jahren 1907 und 1908 zeigt daß das Berichtsjahr kein sogenanntes Streikjahr gewesen ist. Diese Summen betragen

im Jahre 1907 59 312,75 M.  
1908 29 506,63 M.

Hierbei sei bemerkt, daß die Wenigerausgaben bei Streiks im Krisenjahr andererseits allein durch die bedeutenden Mehrausgaben für die Erwerbslosenunterstützung weit überholt wurden.

Insgesamt war unser Verband an 105 Bewegungen beteiligt, die eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezweckten; 1907 waren es 147 Bewegungen. Zu Streiks und Aussperrungen kam es in 38 Fällen. Von diesen waren 2 Angriffsstreiks, 21 Abwehrstreiks und 10 Aussperrungen. Gegen das Vorjahr zeigt sich, daß es jetzt besonders die Erhaltung des Bestehenden zu verteidigen, und Verschlechterungen zu bekämpfen galt, denn 1907 hatten wir 26 Angriffsstreiks und nur 13 Abwehrstreiks, Aussperrungen ebenfalls 10. An diesen 105 Bewegungen waren beteiligt

bei Lohnbewegungen 2 152 Mitglieder  
- „ Angriffsstreiks 105  
- „ Abwehrstreiks 699  
- „ Aussperrungen 198

Prozentual fast genau der weniger ausgezahlten Streikunterstützung entsprechend, ist also auch die Zahl der Beteiligten gesunken, da diese 1907 noch 6223 Mitglieder betrug. Ein anderes Bild zeigt sich aber beim Vergleich der Unterstützungssummen, die für gemagregelte Kollegen in den Jahren 1907 und 1908 gezahlt wurden. Sie überstiegen bei 8649,75 M. in 1907 gegen 8794,48 M. im Berichtsjahre sogar die des Vorjahres noch. Das ist wieder ein drastischer Beweis, daß die Arbeitgeber in Zeiten allgemeiner Mutlosigkeit viel schneller zu Maßregelungen schrei-

ten, als wie dies in besserer Konjunktur geschehen kann. Die Erfahrung bestätigt allerdings auch, daß gerade in den Tagen der Krise unsere Kollegen oftmals meinen, einer Maßregelung zum Opfer gefallen zu sein, wo es sich meist um eine alltägliche Arbeiterentlassung handelt. Von einer Maßregelung kann nur dann die Rede sein, wenn der davon Betroffene im Auftrage des Vorstandes und im besonderen Interesse des Verbandes tätig war.

Ein erheblicher Teil der Bewegungen, nämlich 39, wurden von unserm Verband allein geführt; mit anderen Organisationen 66. Jedoch war in mehr als der Hälfte aller Bewegungen, in 59 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten bei uns organisiert. Also auch jetzt, wo die Verbände zumeist in Verteidigung gedrängt und dadurch zugleich mehrere Richtungen getroffen wurden, zeigt es sich, daß unser Verband bereits eine immer größere Ausbreitung und damit auch stärkeren Einfluß auf den Ablauf der wirtschaftlichen Kämpfe in der Metallindustrie gewinnt.

In Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Berichtsjahres ist es ohne weiteres verständlich, daß in den Ursachen, die zum Streik führten, ebenfalls eine bedeutsame Verschiebung gegen das Jahr 1907 eingetreten ist, wie dies nachstehende Tabelle veranschaulicht.

Die Ursache des Streiks war gegeben

	1907	1908
in höheren Lohnforderungen	12 mal	1 mal
Arbeitszeitverkürzung	6 "	1 "
Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zugleich	9 "	2 "
Abwehr gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen	15 "	21 "
sonstige Ursachen	7 "	8 "
<b>zusammen</b>	<b>49 mal</b>	<b>33 mal</b>

Hier haben wir zahlenmäßige Beweise für die oben angeführte Behauptung, daß es fast nur alleiniges Bestreben der Arbeiter sein konnte, die angebotenen Verschlechterungen abzuwehren, wenn 2/3 aller Bewegungen allein zu diesem ausgesprochenen Zweck geführt werden mußten. Als die Krise mit ihrer ganzen Schärfe einsetzte, wurde dem Bestreben der Arbeiterschaft die Wehr bereitwillig auf die Arbeiter abzuwälzen, eben Widerstand — mit mehr oder minder gutem Erfolg — entgegengekehrt. Inwieweit dies möglich, sehen wir nachfolgend.

Von den Streiks und Aussperrungen waren

	erfolgreich	teilmweise erfolgreich	erfolglos
Angriffstreiks	—	1	1
Abwehrstreiks	6	9	6
Aussperrungen	—	—	10
<b>zusammen</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>17</b>

Nur in der Hälfte dieser Bewegungen war es also möglich, mit ganzem oder teilweisem Erfolg abzuschneiden. Trotz alledem wurden für mehr als 1000 Mitglieder zum Teil bedeutende Lohnerhöhungen und für zirka 200 Kollegen Arbeitszeitverkürzungen erreicht. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Eine Lohnerhöhung erzielten durchschnittlich

48 Mitglieder von 3.— M. pro Woche	
45 " " 2.70 " " "	
75 " " 2.40 " " "	
189 " " 2.— " " "	
37 " " 1.50 " " "	
106 " " 1.— " " "	
559 " " 0.60 " " "	

Das ergibt bei insgesamt 1059 daran Beteiligten Mitgliedern im Durchschnitt berechnet, für jedes Jahr eine Lohnerhöhung von 65 Mark pro Kopf. Außer diesen direkten Erfolgen gelang es aber in größerem Umfang indirekt, namentlich bei Verhütung von drohenden Abzügen u. einzugreifen. Bei 22 Bewegungen, an denen 525 Mitglieder beteiligt waren, wurden angekündigte Lohnabzüge, die die Höhe von 5 Prozent bis zu 40 Prozent erreichten, vollständig abgewehrt. Leider läßt sich nicht bis ins Einzelne berechnen, was für riesige Summen allein an reduziertem Arbeitslohn verloren gegangen wären, ohne das tatkräftige Eingreifen der Organisation. Jedenfalls übersteigen die Beträge des im anderen Falle nicht ausgezahlten Verdienstes die erzielten direkten Lohnerhöhungen ganz bedeutend. In 5 Fällen mit 133 Mitgliedern wurden die geplanten Reduzierungen von 10—30 Prozent auf die Hälfte erniedrigt. Dreimal wurde eine 50 prozentige Lohnerhöhung für Überstunden sowie 100 Prozent Zuschlag für Sonntagsarbeit für insgesamt 51 Mitglieder erreicht. In einer Bewegung gelang es, für 30 Beteiligten sogar Nachzahlung der Lohnerhöhung für das ganze Jahr 1907 zu erzielen.

Während in den meisten Industriegruppen infolge der Krise Festschichten oder Schichtzeitverkürzungen zum Schaden der Betroffenen eingeleitet wurden, gelang es an anderen Stellen, die Forderungen auf Verkürzung einer überlangen Arbeitszeit ohne Schädigung der Arbeiter durchzusetzen. Es ist verständlich, konnte das nur in solchen Einzelbetrieben geschehen, wo die niedergehende Konjunktur sich nicht bemerkbar machte. Eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung erreichten durchschnittlich:

51 Mitglieder von 6 Stunden pro Woche

46 " " 3 " " "
19 " " 2 1/2 " " "
45 " " 2 " " "
25 " " 1 1/2 " " "

Für ein Jahr berechnet ergibt dies 235 Stunden für jeden Beteiligten oder ca. 4 1/2 Stunde in jeder Woche. Erwähnt sei noch, daß es wiederum gelang, 9 Tarifverträge abzuschließen.

Diese in mehr wie einer Beziehung äußerst interessanten Zahlen der diesjährigen Statistik lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, welchen abschwächenden Einfluß auf die Wirkungen der Krise für die Arbeiterchaft die Organisation heute schon hat. Wären die deutschen Metallarbeiter nicht erst zu etwa 35% organisiert, sondern in ihrer überwiegenden Mehrheit zusammengeschlossen, dann würde auch nur ein kleiner Bruchteil der ihnen drohenden Lohnkürzungen zur Tatsache werden. Das sollten unsere Hüttenarbeiter, die in der Krise zuerst den Mut verlieren wollen, sich besonders merken. Nur durch den Zusammenschluß in einer starken, festgefügtten und kapitalkräftigen Organisation, wie sie unser christlicher Metallarbeiterverband darstellt, und durch treues Festhalten an demselben, auch in schweren Zeiten lassen sich die so dringend notwendigen Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen und nur durch eine Stärkung des Verbandes nach innen und außen auch in Zukunft alle Verschlechterungen abwehren. Jeder Kollege sei schon darum ein eifriger Gewerkschafter und tüchtiger Agitator für unseren Verband. Er dient dadurch nicht nur einer guten Sache, sondern vor allem sich selbst und seiner Familie.

### Konferenz des Agitationsbezirks Hamburg.

Auf der am Sonntag, den 2. Mai, in Bremen stattgefundenen Konferenz waren 13 Zahlstellen durch 15 Delegierte vertreten. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Schwartau, Schwerin, Oldenburg und Leer. Seitens der Zentrale war unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber erschienen. Ebenso hatten sich 12 Kollegen als Gäste eingefunden. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht des Bezirksleiters; 2. Bericht der Delegierten; 3. Anträge; 4. Unsere Aufgaben in der Zukunft.

Aus dem erstatteten Bericht des Bezirksleiters ist folgendes zu entnehmen: Die Berichtszeit erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Okt. 07 bis 31. März 09.

Die wirtschaftliche Krise machte sich auch im Nordischen Bezirk besonders fühlbar. Der starke Rückgang im Schiffsverkehr hatte eine ziemliche Geschäftslage auf den Schiffswerften zur Folge. Zahlreiche Arbeiter entlassungen, Feierschichten, Arbeitszeitverkürzungen ufm. waren in der Berichtszeit an der Tagesordnung, wodurch sich in den Reihen der Arbeiter eine zum Teil unberechnigte und übertriebene Mutlosigkeit bemerkbar machte, die sich hier und da auch im Verbandsleben wiederpiegelte. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrisen muß es den Arbeitern zum Bewußtsein kommen, daß sie sich nur durch unentwegtes Festhalten an der Organisation und Stärkung derselben vor den Folgen der Krisen schützen können. Bei richtiger Erkenntnis der Dinge muß sich unter den Kollegen mehr denn je das Bestreben zeigen, die Organisation zu stärken. Keinesfalls können die Mitgliederverhältnisse

als befriedigend bezeichnet werden. Am 1. Oktober 1907 zählte der Bezirk 10 Zahlstellen; von anderen Bezirken übernommen wurden die Zahlstellen Papenburg, Leer, Norden und Schwerin. Neugegründet sind die Zahlstellen Schiffbeck, Delmenhorst und Wilhelmshaven. Somit zählt der Bezirk zurzeit 17 Zahlstellen mit 632 Mitgliedern. Neu aufgenommen wurden in der Berichtszeit 405 Mitglieder, ausgestreuten sind dagegen 471. Es muß in Zukunft seitens der Ortsgruppenvorstände mehr Gewicht auf die Erhaltung der vorhandenen Mitglieder gelegt werden.

#### Die Agitation

gestaltete sich folgendermaßen: Es wurden abgehalten: 19 öffentliche, 357 Mitglieder-, 172 Vorstand- und Vertrauensmänner- sowie 57 Werkstätten-Versammlungen. Der Bezirksleiter war in 9 öffentlichen, 53 Mitglieder-, 16 Werkstätten-, 7 Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlungen, sowie in 8 sonstigen Besprechungen tätig. Auch nahm derselbe an der Generalversammlung des Verbandes in München teil. Bezirksvorstandssitzungen wurden 3 abgehalten. Die Hausagitation ist bisher von den einzelnen Ortsgruppen nicht mit dem nötigen Eifer betrieben worden und muß das veräumte nachgeholt werden. Seitens der Bezirksleitung sind an einer Anzahl Ortschaften Vorarbeiten zur Gründung von Zahlstellen im Gange.

#### Das Finanzgebahren

in den Ortsgruppen zeigt folgendes Bild: Es wurden verkauft: 297 Eintrittsmarken, 42304 Beitragsmarken, 2220 Delegiertenmarken. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug 27896 M. In die Hauptkasse wurden abgeführt 11016,31 M. Unterstützungen wurden ausgezahlt 12525,22 M. Der Lokalstellenbestand betrug am 31. März 09 3121,13 M. Nicht zufriedenstellend ist die Beitragsleistung; es wurden z. B. im 1. Quartal 09 im Durchschnitt pro Mitglied

10,5 Beitragsmarken gelebt. — Die Bezirkskasse hatte an Einnahmen bis 31. März 09: Bestand am 1. Oktober 07 341 M., aus den 7 1/2 Prozent 1646,75 M., Sonstige Einnahmen 46 M., Summa 2027,75 M. Ausgaben: Agitation 748,87 M., Drucksachen und Schreibmaterialien 76,65 M., Zeitungen 29,58 M., Bibliothek 22,90 M., Bezirkskonferenzen 07 88 M., Zuschuß an die Zahlstellen 204 M., Telefon 30 M., Porto 1518 M., Inventar 44 M., Sonstiges 4,50 M., Bestand am 31. März 09 769,11 M., Summa 2027,75 M.

Die Korrespondenz belief sich an Eingängen auf 170 Briefe, 79 Karten, 38 Drucksachen und 5 Pakete; an Ausgängen auf 198 Briefe, 279 Karten, 62 Drucksachen und 6 Pakete. — Wiederholt waren wir in der Berichtszeit an

#### Lohn- und Arbeitskämpfen

beteiligt. Im März 08 wurde ein großer Teil unserer Kollegen von der Werftarbeiteraussperrung betroffen; ebenso bei der Aussperrung der Heizungsmonitore in Bremen, wofür unser Verband auch an dem Tarifabschluß mit der Schmiede-Zinnung beteiligt ist. In Dinklage versuchte die Firma Holtz unsere dortige Ortsgruppe durch fortgesetzte Maßregelungen zu sprengen, was ihr jedoch nicht gelang.

Unsere Gegner scheuen im Kampfe gegen uns selbst die schädlichsten Mittel nicht. So versuchten in Lübeck die Genossen durch Hausbesuche unsere Mitglieder zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu bewegen. Jedoch mußten die „Selbsthelfer“ leer ausgehen. Auch sonst wissen unsere Kollegen den Gegnern gegenüber ihren Mann zu stellen. Der Aufklärungs- und Bildungsarbeit ist in den einzelnen Ortsgruppen durch Unterrichtskurse und besondere Vorträge Rechnung getragen worden.

Nachdem zu Punkt 2 und 3 die Delegierten ihre Berichte erstattet und einige Anträge dem Zentralvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen waren, hielt der Bezirksleiter Kollege Hartmann einen Vortrag instruktiver Natur über: „Unsere Aufgaben in der Zukunft.“ Hierauf ergriff Kollege Wieber das Wort und ließ zunächst das Gehörte Revue passieren, dabei eine Fülle inhaltreicher Gedanken einfließend. Besonders wandte er sich gegen die Ueberspannung des Unterstufungsweizens, wie es sich im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zeige, und hob die idealen Momente der gewerkschaftlichen Betätigung hervor. Mit einem feurigen Apell an die Kollegen, tatkräftig weiter zu arbeiten für unsere gerechte Sache, schloß Kollege Wieber seine interessanten Ausführungen. Darauf wurde die Konferenz mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf unsern Verband vom Vorsitzenden, Kollegen Schulte-Bremen geschlossen. G. S.

### Konferenz des Agitationsbezirks Südbayern.

Am Sonntag, den 9. Mai tagte in München unsere diesjährige Bezirkskonferenz. In Vertretung des Zentralvorstandes Kollegen Wieber war Bezirksleiter Konrad aus Nürnberg erschienen, außerdem waren 14 Delegierte anwesend. Dem vom Bezirksleiter Ratke erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Der Bezirk umfaßt das bayerische Gebiet südlich der Donau, mithin die drei Regierungsbezirke Ober-, Nieder- und Schwaben-Nürnberg. Wenn auch in diesen Bezirken eine so umfangreiche Industrie wie in Rheinland und Westfalen nicht anzutreffen ist, so bleibt doch bestehen, daß Anzeichen vorhanden sind, die auf eine weitere günstige Entwicklung der Industrie schließen lassen. Besonders gilt dies von der Residenzstadt München. Noch vor nicht langer Zeit galt Nürnberg als die bayerische Industriemetropole und auch Augsburg rühmte sich einer bedeutenden Industrie. Beide Städte sind aber in den letzten Jahren in industrieller Beziehung von München überholt worden und München ist nicht nur mehr die Landeshauptstadt, sondern auch die wichtigste Industriestadt Bayerns.

An dieser industriellen Entwicklung hat auch die Eisenindustrie regen Anteil genommen, beschäftigt sie doch zur Zeit rund 14 000 Personen. Neben zwei größeren Firmen (Kraus und Raffen), die auf dem Gebiete des Lokomotivbaues bedeutendes leisten, finden wir mehrere Betriebe für größere Eisen- und Brückenkonstruktionen. Auch für den Waggonbau ist in München eine größere Werkstätte vorhanden und selbst der Schiffbau wird hier betrieben. Der größte Teil der Ammer- und Starnbergersee-Flotte, ebenso manch schmüder Dampfer für den Bodensee wurde in München gebaut. Den größten Anteil haben jedoch die kleinen und mittleren Betriebe sowohl auf dem Gebiete der Maschinenfabrikation als in Bezug auf kunstgewerbliche Betriebe.

Nächst München ist Augsburg die industriereichste Stadt des Bezirkes. Auch dort finden wir für die verschiedenartigsten Produkte größere Betriebe, an deren erster Stelle die Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (Masf Augsburg) mit 3000 Arbeitern steht. Neben vielen kleinen Betrieben sind vorhanden, je eine größere Fabrik für Bronzewaren, Nötzen, Zinornamenten- und landwirtschaftliche Maschinenfabrik mit je 100 bis 200 Arbeitern. In Ingolstadt sind die Artilleriemerkantillen mit zugehöriger Geschloßgießerei beachtenswert. In den übrigen Orten des Bezirkes ist die Industrie schwach vertreten; außer einigen staatlichen Hüttenwerken mit 100 bis 300 Arbeitern sind mehrere mittlere Maschinen-, Eisenmetall- und Pfingfabriken vorhanden.

Nach der Berufsagitation vom 12. Juni 07 sind in der Metall- und chemischen Industrie beschäftigt:

	Oberbayern	Niederbayern	Schwaben-Neuburg
Metallarbeitsleistung	15 077	3 059	6 297
Industrie b. Maschinen u. Instrumente	11 857	1 581	6 497
Chemische Industrie	2 400	410	902
<b>Zusammen</b>	<b>29 334</b>	<b>5 050</b>	<b>13 696</b>

Zusammen 48 030 Personen. Den gewerkschaftlichen Organisationsstellen haben sich bisher rund 12 000 Personen angeschlossen, 36 000 stehen der gewerkschaftlichen Organisation noch fern.

**Die wirtschaftliche Lage**

Der Arbeiter muß noch vielfach als unglücklich bezeichnet werden, vor allem gilt dies von den Löhnen. Stundenlöhne von 18-23 Pfg. sind besonders in den mittleren und kleineren Orten durchaus keine Seltenheit. Auch ist die Arbeitszeit noch nicht so geregelt, wie es im Interesse der Arbeiter notwendig ist.

Von den Folgen der Krise sind die Arbeiter in Südbayern nicht verschont geblieben. In München wurden teilweise bedeutende Lohn- und Akkordreduzierungen vorgenommen. Ebenso wurde die Arbeitszeit teilweise auf 7 Stunden täglich verkürzt und außerdem viele Arbeiter entlassen. Die im Dezember 08 in München veranstaltete Arbeitslosenabzählung ergab 8062 Arbeitslose (darunter 1024 Metallarbeiter, 92 Schmiede, 64 Maschinisten und Heizer, 14 Kupfer Schmiede). Die Firma Kraus u. Co. beschäftigt in der Höchstzahl 1824, in der Geringstzahl nur 1606 Arbeiter. Auch arbeitete dieses Werk teilweise mit verkürzter (bis 7 1/4 Std. pro Tag) Arbeitszeit.

Trotzdem die Werkleitung die Arbeitszeit angeblich wegen der herrschenden Krise verkürzt, liegt der Gewinn aus der Fabrikation von 2 527 299 M. 1907 auf 2 985 473 M. 1908 (+ 458 174 M.).

Die Firma Maffei nahm ebenfalls größere Arbeiterentlassungen vor. Waren auch direkte Lohnabzüge nicht zu vermeiden, so muß doch festgestellt werden, daß die Firma jüngere Arbeiter mit 35-38 Pfg. pro Stunde einstellte, während die älteren Arbeiter mit höheren Löhnen entlassen wurden.

Das Eisenwerk München hatte im Jahre 1908 eine Unterbilanz von 638 011 M., dementsprechend war auch das Los der Arbeiter in dem Werke ein überaus trauriges. Die Zahl der Arbeiter wurde bedeutend herabgesetzt, Lohn- und Akkordreduzierungen waren an der Tagesordnung.

In Augsburg waren die Verhältnisse noch schlechter. Das Werk Augsburg Maschinenfabrik Akt.-Ges. (dort stand betamlich die Wiege der gelben Vereine, die ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen wollen) reduzierte die Akkordbreite in der Werkzeugfabrikation (Werkzeugfabrik) im Durchschnitt um 12% und in der Drehereiabteilung Diesel um 9 1/2%. Hier ein kleines Beispiel:

**Lohnreduktion in der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg A.G.**

Arbeitsstück	Größe	Lohn	
		früher	jetzt
Grundplatten	50 HP.	21.-	16.50
	60 "	22.50	17.50
Freisen für	70 "	28.-	19.-
	80 "	32.-	20.50
Diesel-Motore	100 "	38.50	22.50
	125 "	35.-	26.50
	150 "	43.-	30.50
	200 "	50.-	36.-

Arbeitsstück	Größe	Lohn	
		früher	jetzt
Verabführungen	50 HP.	2.50	2.20
	60 "	2.80	2.40
Freisen für	70 "	3.10	2.60
	80 "	3.40	2.80
Diesel-Motore	100 "	4.-	3.20
	125 "	5.-	3.70
	150 "	3.-	7.-
	200 "	8.-	7.50

In der schrittweisen Form wurden hier die Folgen der Krise den Arbeitern aufgedrückt, denn das Werk verteilte auch für 1908 eine Dividende von 19 1/2%. In den übrigen Werkstätten war es nicht viel besser. Teilweise wurde nur drei Tage in der Woche gearbeitet, sodaß oft Arbeiter in der Woche nur 8 Mark verdienten.

Von den staatlichen Werken nahmen hauptsächlich die Artilleriewerkstätten in Ingolstadt größere Arbeiterentlassungen vor, während auf den sonstigen staatlichen Werten die schlechten Verhältnisse in bezug auf Löhne und sanitäre Einrichtungen chronisch sind. In Anbetracht dieser Verhältnisse blieben die Lohnbewegungen auf ein Minimum beschränkt.

Bei der Firma Niedinger in Augsburg kam es am 15. April wegen bedeutenden Lohnreduktionen zum Streik. Dieser ging der Streik nach wöchentlich längerer Dauer verloren, da genug Arbeiter die Arbeit vorzeitig wieder aufnahmen. Nach Beendigung des Streikes wurde nur ein kleiner Teil der Arbeiter, hauptsächlich junge Leute, wieder eingestellt.

In Regensburg hatten die Bauwerksler eine Tarifbewegung. 50% aller in der Bauwerkslerbetriebe beschäftigten Gezellen bezogen noch Löhne von unter 20 Pfg. pro Std. Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit wurden die Gezellen mit 8 und 9 Pfg. pro Stunde entlohnt. Der Tarifentwurf forderte wesentliche Verbesserungen, die aber von den Arbeitgebern nicht anerkannt wurden, weshalb es zum Streik kam. Nach kurzen Verhandlungen wurden von den Arbeitgebern wesentliche Zugeständnisse gemacht. Bei einer Werkstatt kam es nach 4 Tagen zum Abschluß des Tarifes. Der Tarif brachte eine 10 bis 100%ige Lohnhöhung (Gezellen, die früher 13 Pfg. verdienten, erhielten nunmehr 28 Pfg.) und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden pro Woche.

Der Tarif der Schmelzer, Jambalauer und Kupfer-

schmelze in München mußte erneuert werden. Die Verhandlungen waren ziemlich langwierig, fanden aber vor dem Gewerbegericht einen glücklichen Abschluß. Der neue Tarif brachte eine Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pfg. sofort und eine weitere Steigerung von 3 Pfg. am 1. April 1909. Die Arbeitszeit wurde von 56 auf 54 Stunden pro Woche verkürzt.

**Die Agitation**

hatte nicht den gewünschten Erfolg. Manche Ortsgruppen mußten viel Mühe verwenden, um nur die Mitgliederzahl auf der gleichen Höhe zu halten. Durch die Arbeitslosigkeit war ein gewisser Kleinmut in Arbeiterkreisen eingetreten. Bewährte Kräfte mußten von der Leitung der Ortsgruppen zurücktreten, wenn sie nicht ihre Arbeitsstelle verlieren wollten, andererseits lehrten viele Arbeiter, besonders jüngere, dem Verband den Rücken, weil sie den Gewerkschaftsgedanken noch nicht tief genug erfasst hatten. Für die Zukunft dürften jedoch größere Erfolge erhofft werden, da unstrittig der Tiefstand der Krise, die so lähmend auf die Agitation einwirkte, überschritten und nunmehr auch (seit dem 1. August 1908) ein Beamter für die Verwaltung der Bezirksvereine freigestellt ist.

Ein weiteres Hindernis in der Agitation ist die mehrfache Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die immerfort den Versuch machen, ihr wahres Gesicht (b. h. ihre sozialdemokratische Tendenz) zu verhehlen, um die auf christlichen Boden stehenden Arbeiter zu gewinnen. Hier wird es die Aufgabe der Zukunft sein müssen, für die nötige Klärung zu sorgen. Die Gelben Vereine erfreuen sich, besonders in Augsburg, des festen Wohlwollens der Unternehmer, so wird z. B. das gelbe Organ im Werk Augsburg von Angehörigen des Werkes vertriebt und die Mitglieder der gelben Vereine erfahren ebenfalls die weitgehendste Protektion. Wenn allzu großer Dauer wird dieses unnatürliche Verhältnis jedoch kaum sein, denn 12% Akkordabzug und 10% Dividende dürften schließlich auch dem einfältigsten Arbeiter die Augen öffnen und ihn zeigen, wohin solches Arbeitgeber-Wohlwollen ihn führt.

Der Bezirk umfaßt 13 Ortsgruppen, darunter 2 Ortsgruppen des ehemaligen Berg-, Hütten- und Salzen-Arbeiterverbandes, die im 4. Quartal 1908 zu unserem Verbande übergetreten sind. Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um 10% gestiegen.

**Das Kassen- und Unterstützungswesen**

weist folgende Zahlen auf:

	Einnahmen:	
Markenverkauf	11121,60 M.	
Unterstützung	5409,14 M.	
An die Baukasse	404,25 M.	

Die Bilanz der Bezirkskasse ist folgende:

A. Einnahmen:		
Bestand am 1. Januar 1908		1274,71
Von den Ortsgruppen 1., 2., 3., 4. Quartal 1908 und 1. Quartal 1909		2560,86
Sonstige Einnahmen		508,75
		<b>4343,82</b>

B. Ausgaben:		
Konferenz am 3. Mai 1908		38,35
Gehalt für Beamten		1152,-
Büromiete, Licht, Reinigung		159,12
Büro-Einrichtung		281,50
Porto, Zeitungen, Telefon		50,85
Speisen		231,95
Agitation und Hilfskräfte		351,37
Fahrtgeld u.		414,15
Darlehen		200,-
Flugblätter, Schenkmaterialien und sonstige Ausgaben		262,49
Kassenbestand am 31. März 1909		1202,04
		<b>4343,82</b>

Berichtszeit: 1. Januar 1908 bis 1. April 1909. In der Diskussion zum Tätigkeitsbericht wurden von allen Delegierten spezielle Wünsche vorgetragen und die wichtigsten Vorschläge eingehend besprochen. In bezug auf die staatlichen Güttnerwerke wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die Bezirkskonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes erachtet die in einigen Staatsbetrieben teilweise vorhandenen schlechten Lohnverhältnisse als ungenügend und spricht die Erwartung aus, daß der Staat als Arbeitgeber seinen Pflichten mehr als bisher nachkomme. Eine durchgreifende Besserung der Lohnverhältnisse hält die Konferenz aber erst dann für möglich, wenn die Arbeiter dieser Betriebe den Weg der Selbsthilfe beschreiten und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, um gemeinsam mit den Arbeitern in den Privatbetrieben die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben.“

Darauf folgte das Referat des Bezirksleiters Konrad über Beitrags- und Unterstützungswesen. Redner schilderte eingehend Leistung und Gegenleistung und warnte eindringlich vor den Bestrebungen, die darauf hinarbeiten, die Gewerkschaften zu reinen Unterstützungsvereinen zu machen. Dieser sei der soziald. Metallarbeiterverband der Unterstützungsucht zu weit entgegen gekommen und es sei geradezu ein Schauspiel für Götter, zu sehen, wie die weltumstürzenden Klassenkämpfer schließlich im Egoismus ertrinken. Auch von uns werde die Bedeutung der Unterstützung anerkannt, wurden doch dadurch viele Arbeitslose den Reichen der Lohnbrüder ferngehalten, aber niemals dürfe das Unterstützungswesen Hauptzweck und dadurch die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zurück gedrängt werden. Kapitalträchtige Organisationen seien einzig allein imstande, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Diese Erkenntnis habe den christlichen Metallarbeiterverband geleitet, wenn er von seinen Mitgliedern größere Opferwilligkeit verlange und die Erhaltung habe betwiesen, daß wir auf dem richtigen Wege seien.

Redner Beifall folgte den trefflichen Ausführungen, die ungeteilte Zustimmung fanden.

Die Wahl des Bezirksauschusses ergab einstimmig Wiederwahl. Anträge lagen nicht vor. Mit herzlichem

Worten des Dankes an alle Anwesenden schloß der Vorsitzende Kollege Westermeyer die Konferenz.

Das verfloßene Berichtsjahr 1908 darf als ein arbeitsreiches Jahr bezeichnet werden. Die Ungunst der Verhältnisse erforderte äußerste Kraftentfaltung und vielleicht auch manches persönliche Opfer, um unsere gute Sache vorwärts zu bringen. Erfreulich ist es, daß so viele Kollegen in treuer Pflichterfüllung mitgearbeitet haben, nur dadurch war es möglich, neue Mitglieder zu gewinnen und die innere Festigung der Ortsgruppen durchzuführen.

Allen Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten und Mitgliedern sprechen wir den herzlichsten Dank aus für ihre opferwillige Mitarbeit und verbinden damit die Hoffnung, daß auch in Zukunft ein jeder tatkräftig die große Sache fördern helfe, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Durch gemeinsame Arbeit zum gemeinsamen Ziel!

**Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes**

zeitigt für die Gewerkschaften äußerst bedenkliche Werten. Vor einiger Zeit hatte das Schöffengericht in Düren die Gewerkschaften als politische Vereine gestempelt, ein Urteil, das im Gegensatz zu der Erklärung des Regierungsvorsetzers bei Beratung des Gesetzes im Reichstag steht und gegen das auch Berufung an die höheren Instanzen eingelegt ist. Jetzt wird aus Aachen folgendes berichtet:

Wegen Übertretung des Vereinsgesetzes waren zwei Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Würzelen des christlichen Metallarbeiterverbandes mit einem polizeilichen Strafmandat von je 5 Mark bedacht worden: Der eine, weil er eine öffentliche „politische“ Versammlung, ohne daß dieselbe bekannt gemacht worden war, veranstaltet hatte; der andere, weil er die betreffende Versammlung geleitet hatte. Beide hatten sodann gegen die Strafverfügung Einspruch erhoben und Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt, die am Schöffengericht in Aachen zur Verhandlung kam.

Beide Angeklagte bestritten zunächst, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt habe. Der Vorliegende brachte sodann eine Kollie der „Volksfreunde“ vom 17. Februar und eine solche der „Würzeler Zeitung“ vom 20. Februar zur Verlesung, die nach Angabe der Angeklagten den Zweck haben sollten, den Besuch der Versammlung durch Gefinnungsgenossen zu heben. Es war darin auf das vom Gewerkschaftssekretär Königshoven zu haltende Referat über den Entwurf zum Arbeitskammergesetz aufmerksam gemacht.

Als erster Zeuge erschien der Polizeikommissar Wirth Würzelen, der die betreffende Versammlung zu überwachen beauftragt war. Er behauptete, daß die Versammlung nicht angemeldet gewesen sei. Es könne nicht die Rede von einer geschlossenen Versammlung sein, denn jeder Metallarbeiter habe Zutritt zu derselben gehabt. In der Versammlung sei gesprochen worden über die Gewerbeordnungsnovelle bezw. über Arbeitskammern. Gewerkschaftssekretär Königshoven habe den Entwurf der Novelle im einzelnen sowie die Vor- und Nachteile der Novelle für die Arbeiter dargelegt und hervorgehoben, in welcher Weise der Gesetzentwurf einer Abänderung zugunsten der Arbeiter bedürfe; auch habe er zur Abänderung des Entwurfs Vorschläge gemacht. Nach Vernehmung einer Anzahl Zeugen hielt der Amtsanwalt keinen Antrag dahingehend aufrecht, da es feststehe, daß politische Erörterungen stattgefunden haben, sei der Einspruch zu verwerfen.

Der Verteidiger der beiden Angeklagten, Herr Rechtsanwalt Dechamps, der zunächst darauf hinwies, daß es lange Jahre gedauert habe, bis das Vereinsgesetz gekommen sei, nannte es ein Kompromiß, das zum großen Teil auf die beruhigenden Worte der Regierung und des Staatssekretärs angenommen worden sei. In allen Debatten, Kommissionsverhandlungen, Interpellationen habe sich der Staatssekretär auf den Standpunkt gestellt, die Stellung der Arbeiterschaft falle nicht unter das Vereinsgesetz, das Gesetz wolle ihnen keine Chancen bereiten; die Gewerkschaften sollten nicht unter den Begriff politischer Tätigkeit fallen. Weil aber zugegeben werden mußte, daß die Gewerkschaften sich entwickeln könnten, und namentlich im Hinblick auf die politische Agitation, sei gesagt worden, die Regierung werde gegenüber den Gewerkschaften weitherzig verfahren. In diesem Sinne sei das Vereinsgesetz bisher auch gehandhabt worden; nur von zwei Seiten im ganzen Regierungsbezirk Aachen seien Klagen bekannt geworden, aus Düren und aus Würzelen. An beiden Stellen sei man dazu übergegangen, den Gewerkschaften auf die Finger zu sehen. In Düren stellte man sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften politische Vereine seien, hier handelt es sich um die Frage, ob die Erörterungen politischer Natur waren.

Nach dieser Richtung hat das Reichsgericht Stellung genommen, indem es als politische Angelegenheiten nur die bezeichnete, die direkt aktiv auf die gesetzgebende Körperschaft einzuwirken suchen. Die Gewerkschaftsversammlungen müssen zu den bestehenden und kommenden Gesetzen Stellung nehmen, aber nicht auf das Was kommt es dabei an, sondern auf das Wie. Jedem, auch dem Juristen steht es zu, Kritik an dem Gesetze zu üben. Damit beabsichtigt man aber nicht, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen, oder auf die Parlamentarier einzuwirken, und braucht eine Versammlung keine politische Versammlung zu sein. Die Versammlung in Würzelen war auch keine politische Versammlung; ihr lag es nur ob, die Ständesgenossen aufzuklären über das, was das neue Gesetz geschaffen hat. Sie wollte keinen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben. Einseitlich des Zeugen Wirth, der zuletzt von einer Agitation in der betreffenden Versammlung gesprochen hat, sei betont, daß es sich bei dem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Königshoven lediglich um ein Referat gehandelt hat. Königshoven hat sich im ganzen und ganzen auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt und hat nicht gesagt: wir wollen eintreten in eine Agitation, um den Gesetzentwurf zu ändern. Darum kann von einer Erörterung politischer Angelegenheiten nicht die Rede sein.

Auch der Vortwurf der Versammlung kann bezüglich der Versammlung nicht erhoben werden. Die Mitglieder der

Gewerkschaft werden eingeladen, wie das jeder Verein macht. Dem Geschichtsverein beispielsweise, der in seinen Einladungen regelmäßig sagt, daß Freunde willkommen seien, könne man doch nicht nachfragen, daß er öffentlich sage. Die Föhlung einer Reihe von Leuten stempelt eine Versammlung noch nicht zu einer öffentlichen, und im gegebenen Falle setze die Ankündigung, daß es sich nicht um eine öffentliche Versammlung handelte.

Wie selbst durch den Zeugen Wirth festgestellt worden ist, handelte es sich um eine ordentliche Mitglieder-versammlung, die regelmäßig am 3. Sonntag im Monat stattfindet. — Nach dem Gesagten, so fuhr der Verteidiger fort, müsse der eine Angeklagte jedenfalls direkt auscheiden. Er habe als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes die Versammlung einberufen und lediglich die Mitgliederversammlung angekündigt und ferner gesagt: Königsboden wird referieren. Wenn nun aus, später tatsächlich jemand über den Rahmen des Zulässigen hinausgegangen sein sollte, so kann den Einberufer durch keine Schuld daran treffen. Es sind wohl 30—40 reichsgerichtliche Entscheidungen über diesen Fall erlassen worden, aber alle widersprechen sie sich.

Bezüglich des zweiten Beschuldigten ist zu prüfen, ob er gegen den § 5 des Vereinsgesetzes verstoßen hat. Demnach ist es notwendig, daß die Versammlung zur Erörterung von politischen Angelegenheiten einberufen ist. Und das war ja nicht der Fall. Es kann mithin nur die Frage entstehen: Ist ein Referat über einen Gesetzesentwurf eine politische Handlung oder nicht? Königsboden hat denselben Vortrag gehalten, den andere im Ruhr- und Saargebiet gehalten haben. Aber nirgendwo hat die Polizeibehörde etwas einzuwenden gehabt. Jede Gewerkschaftsversammlung wäre dann schlechthin eine politische Versammlung. Im Sinne des Gesetzgebers ist sie es aber nicht. Der Staatssekretär hat ja betont: Wir wollen den Gewerkschaften keinen Stein in den Weg legen. — Ich beantrage deshalb Freisprechung beider Angeklagten.

Im Anschluß an diese Verhandlung wurde sodann über den Einspruch des Johann N. wegen einer Strafverfügung verhandelt, die auf denselben Gesetz fußte. Es handelt sich um eine am 7. März ebenfalls in Würzelen stattgehabte Versammlung. Zu dieser Versammlung sind Zettel verteilt worden; einer dieser Zettel ist auch auf dem Bürgermeisteramt abgegeben worden, ohne daß die betreffende Versammlung zur Anmeldung gelangt war. Darüber vom Vorsitzenden befragt, aus welchem Grunde er den betreffenden Abgesandten nicht über die Notwendigkeit der Anmeldung der Versammlung aufgeklärt habe, bemerkte Herr Wirth, die Gewerkschaftssekretäre hätten das ganz genau und in dieser Annahme habe er eine Aufklärung unterlassen. Die Frage des Vorsitzenden, ob auch in dieser Versammlung Kritik geübt worden und ob besonders eine Resolution gefaßt worden sei, wurde von dem Zeugen bejaht.

Darauf beantragte der Staatsanwalt, auch in diesem Falle die verhängte Strafe bestehen zu lassen.

Herr Rechtsanwalt Dechamps wies darauf hin, daß, wenn jemand auf dem Bürgermeisteramt einen Zettel abgibt, die Polizeibehörde doch ohne weiteres darin eine Anmeldung zu erblicken habe; dem Bedürfnis der Anmeldung sei damit Genüge geschehen. Auch diese Versammlung sei nicht zur Erörterung politischer Angelegenheiten einberufen worden.

Nach kurzer Beratung setzte das Schöffengericht gegen die beiden ersten Angeklagten eine Geldstrafe von je fünf Mark, eventl. 1 Tag Haft fest und legte ihnen die Tragung der Kosten auf. In der Begründung des Urteils wurde bemerkt, daß es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe; das gehe schon aus den Mitteilungen in den Zeitungen hervor und werde auch von den Angeklagten zugegeben. Es herrsche aber auch kein Zweifel darüber, daß die Versammlung einberufen worden sei, um politische Angelegenheiten zu erörtern, und daß solche tatsächlich erörtert worden sind. Die Bestrafung mußte erfolgen, weil eine ordnungsmäßige Anzeige nicht erfolgt war. — Der Angeklagte N. wurde ebenfalls zu 5 Mark eventuell 1 Tag Haft und zur Tragung der Kosten verurteilt. Auch in diesem Falle habe es sich ohne Zweifel um eine öffentliche Versammlung gehandelt, wozu wiederum eine Anmeldung hätte erfolgen müssen. Wenn es auch Sache der Polizeibehörde gewesen wäre, den Abgesandten darauf aufmerksam zu machen, daß es einer besonderen Anmeldung bedürfe, so schübe dies doch nicht den Verantwortlichen. Dieser habe jedenfalls gemerkt, daß er eine Bestrafung haben mußte, da auch dort politische Angelegenheiten erörtert wurden und die Versammlung zu diesem Zweck einberufen war.

Mit dem angeblich „fortschrittlichen“ Reichsvereinsgesetz sind die Gewerkschaften also wirklich vom Regen in die Traufe gekommen. Denn schlimmer war das alte Vereinsgesetz gewiß nicht. Bezüglich des vorstehenden Falles steht fürs erste zweifelsohne fest, daß eine öffentliche Monatsversammlung der christlichen Gewerkschaften keine öffentliche ist. Wenn auf die Versammlung aufmerksam gemacht wird, wenn darüber hinaus auch Besinnungsgenossen der Zutritt freisteht, so ist die Versammlung auch deshalb noch nicht öffentlich. Es bleibt eine geschlossene Versammlung trotzdem. Denn nicht das macht den Charakter einer geschlossenen Versammlung aus, daß eine Kontrolle beim Eintritt stattfindet. Sonst wäre die größte Volksversammlung eine geschlossene, weil an der Kasse jeder Eintretende 10 Pf. in Reichswährung zahlen muß, also kontrolliert wird. Und doch würde jemand, der das letztere behaupten wollte, mit Recht ausgelacht. Bei den Gewerkschaftsversammlungen müssen Interessenten für den engen Kreis Zutritt haben, allein schon solche, die geneigt sind, sich der Organisation anzuschließen und sich in diesen Versammlungen zu orientieren. Öffentlich wäre die Versammlung in dem Augenblicke, in welchem sich jeder beliebige Gegner zum Worte melden könnte. Das ist bei solchen Mitarbeiterversammlungen nicht der Fall — ist auch nicht geschehen. Eine öffentliche Versammlung also herauszuonstruieren, dürfte nicht gelingen. Wenn das Schöffengericht zu einer anderen Ueberzeugung kam, so muß dem ganz entschieden widersprochen werden.

Die Versammlung war aber auch keine politische. Denn fürs erste war die sie veranstaltende Organisation keine

politische. Die christlichen Gewerkschaften sind keine politischen Vereine und werden es nicht sein, und wenn hundert Schöffengerichtsurteile sich auf diesen Standpunkt stellen und wenn sogar das Reichsgericht, das sich mit dem Nachener Urteil ebenso zu befassen haben wird wie mit dem Dillener, sich diese Ansicht zu eigen machen würde. Vor der gerichtlichen definitiven Entscheidung dieser Frage werden gewiß kompetente Gutachter gehört. Die Versammlung war aber auch deshalb allein keine politische, weil in derselben ein Gesetzesentwurf und die Stellung der Parteien zu demselben erörtert wurde. Was diese Seite des Thema probandum angeht, sei auf die vorzüglichen Ausführungen der Verteidigung hingewiesen.

Kurzum, es folgt mit zwingender Notwendigkeit, daß die in Frage kommende Gesellschaft weder eine politische noch eine öffentliche war. Das folgt, wie die Verteidigung schlagend nachwies, nicht zuletzt aus den strikten Erklärungen des Staatssekretärs bei Beratung des Vereinsgesetzes. Eine Anmeldung war also nicht nötig.

Für den Vertreter der Anklagebehörde lag die Sache verblüffend einfach. „Für mich steht die Schuldfrage außer Zweifel, und ich beantrage Verurteilung der Verurteilung.“ So lautete das Plaidoyer der Staatsanwaltschaft. Das ist allerdings sehr wenig für eine Frage, welche Monate lang erfahrene Juristen und Parlamentarier bewegt hat.

Gegen die Entscheidung des Nachener Schöffengerichts ist Berufung eingelegt. Es muß nun abgewartet werden, ob die höheren und höchsten Instanzen ebenso entscheiden und damit dem Vertrauen des Volkes in Ministerworte den letzten Stoß versetzen werden.

**Gewerkschaftliches.**

**Mangel an gelernten Arbeitern.**

Unter dieser Ueberschrift, so schreibt ein Kollege aus Süddeutschland, bringt die Deutsche Arbeiter-Zeitung (Nr. 19) eine Notiz des Breslauer General-Anzeiger, in der Klage geführt wird über den Rückgang der gelernten Arbeiter. Wenn auch die Zahl der Lehrlinge von 429 729 im Jahre 1895 auf 497 388 im Jahre 1907 gestiegen sei, so sei doch bemerkenswert, daß an dieser Zunahme das weibliche Geschlecht weit stärker beteiligt ist als das männliche. Bei ersterem betragen die Steigerung 78,56 %, bei letzteren nur 11,86%. Es komme hinzu, daß das Anwachsen der absoluten Zahl der männlichen Lehrlinge ganz allein auf das Handelsgewerbe entfalle, während in allen anderen Gewerbebezügen ein Rückgang zu verzeichnen sei.

Es ist erfreulich, daß die Arbeitgeberzeitung ein weiteres Sinken der Zahl der gelernten Arbeiter in Interesse der deutschen Industrie bedauert, da die ungelerten Arbeiter nicht in der Lage seien, einen vollgültigen Ersatz für den Ausfall an gelernten Arbeitern zu bieten.

Das ist einmal eine Ansicht. — Steht sie doch im Widerspruch zu dem Verhalten der der Arbeitgeberzeitung sehr nahe stehenden Industriellen, die auf alle mögliche Art und Weise die ungelerten Arbeiter aus Galizien, Italien und Gott weiß woher sonst noch, in großen Scharen nach Deutschland hereinziehen, um sie als Lohnrücker gegen die gelernten deutschen Arbeiter zu gebrauchen und dadurch letztere vielfach zur Auswanderung bringen.

Auf der Suche nach einem Sündenbock haut die Arbeitgeberzeitung erklärlicherweise wieder in die alte Kerbe. Das moderne Dualitionswesen trage den größten Teil der Schuld an dem Rückgang der gelernten Arbeiter und in kindlich naiver Weise plaudert sie weiter:

„Wenn dem Arbeiter fortgesetzt geprüdelt wird, daß er sich nur der Organisation anschließen braucht, um seine Arbeitsbedingungen zu verbessern... woher soll dann die Lust kommen, sich auf eigene Tätigkeit zu verlassen, die Lust, etwas zu lernen, und sich anzustrengen? Die Sache geht ja auch so. Wir haben es nicht mehr nötig, etwas zu können. Die Gewerkschaft wird schon für unser Fortkommen sorgen.“

Hier hat dem Artikelschreiber nur Böswilligkeit die Feder geführt. Jeder Einrichtige weiß, daß die Gewerkschaften immerfort ihre Mitglieder in Wort und Schrift zur sachlichen Ausbildung anspornen. Das beweisen die vielen Vorträge sachlicher Art, die in den Gewerkschaftsversammlungen gehalten werden, ebenso auch die diesbezüglichen Artikel in den Verbandsorganen. Wir gestatten uns aber die Frage: Woher soll dem Jungen die Lust kommen, eine 4-jährige Lehre mit all ihren Beschwerlichkeiten durchzumachen, wenn er nach Beendigung derselben einen Stundenlohn von 8, 13, und 18 Pfg. verdient? Woher sollen die Eltern die Einsicht nehmen und ihren Sohn unter Aufwendung bedeutender Unkosten ein Handwerk (z. B.) Goldschmied lernen lassen, wenn er als Geselle 17 Pfg. pro Stunde verdient? (Schw. Gemünd). Woher soll der Lehrling die Lust nehmen, sich anzustrengen, durch 4-jähr. Besuch der Fachschule, sich selbst nicht erhalten kann und noch weitere Jahre seinen Eltern zur Last liegen muß, während sein Freund, der zur Schaufler und Dack gegriffen hat, bedeutend mehr verdient und sich wenigstens selbst erhalten kann. Wir wollen durch- aus nicht verallgemeinern, aber die Fälle, daß unge- lerne Arbeiter mehr verdienen, und zwar oft 100 % mehr als gelernte Arbeiter sind sehr zahlreich; wir können den Beweis jeden Tag erbringen.

Man zahle den gelernten Arbeitern einen angemessenen Lohn und die Klagen über den Rückgang der Zahl der gelernten Arbeiter, den auch wir sehr

bedauern, werden mehr und mehr verstummen. 9 bis 13 und 18 Pfg. ist kein Lohn für gelernte Arbeiter, soviel verdient schließlich jeder „Bahnhofsmoarch“, der den Durchreisenden Streichhölzer verkauft. A. R.

**Der Reichsverband deutscher Kellner-Totalvereine**

hat sich auf seiner vom 19. bis 21. April in Dortmund abgehaltenen Generalversammlung nach einem Vortrage des Kollegen Stegerwald dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Dem Verbande sind gegenwärtig 17 Ortsvereine angeschlossen mit rund 1200 Mitgliedern. Die Organisationsverhältnisse der Gasthausangestellten liegen noch sehr im Argen. Es ist daher Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, dem nunmehr angeschlossenen Verbande zu seiner Ausbreitung nachdrücklich beihilflich zu sein. Auskunft und Orientierungsmaterial versendet die Zentralstelle des Verbandes: Hannover, Holzmarkt Nr. 7. Die christlich organisierten Arbeiter aller Berufe werden die neu angeschlossene Gruppe herzlich willkommen heißen und sie in ihrer weiteren Entwicklung nach besten Kräften zu fördern suchen.

**Gelber Bruderverrat**

Ein gelbes Schauspiel heizendster Art hat sich kürzlich in Magdeburg-Buckau abgespielt. In der Zweigabteilung Subenburg der Maschinenfabrik Bultau kam es in der Diebstahl zu einem Streit, weil die Former es ablehnten, ihren zur Abwehr von beträchtlichen Lohnabzügen im Streit stehenden Kollegen des Hauptwerks in den Rücken zu fallen. Die Situation war für jeden noch halbwegs ehrlich denkenden Arbeiter so klar, daß selbst die dort beschäftigten Mitglieder des gelben Werkvereins mit in den Streit eintraten, weil das Recht der Arbeiter denn doch zu brutal unterdrückt werden sollte.

Aber nun kommt das schönste. Die unter der geistigen Leitung des „berühmten“ Lebus stehende gelbe Zentrale in Berlin ließ ihre kämpfenden Anhänger in Magdeburg nicht nur im Stich, sondern schickte auch noch gelbe Streikbrecher dorthin, die ihren eigenen gelben Bestimmungsgenossen in den Rücken fallen mußten. Höher kann Verrat und Bestimmungslosigkeit wahrlich nicht mehr getrieben werden.

Die verratenen gelben Werkvereiner in Magdeburg werden nun jedenfalls von der gelben Seuche dauernd kurtiert sein. Hoffentlich auch noch viele andere irreführte freiwilligen und unfreiwilligen gelben Anhänger. Dem durch solche Vorkommnisse die Augen über den wahren Charakter der Gelben noch nicht aufgehen, der muß unheilbar blind oder verblödet sein, dem ist dann überhaupt nicht mehr zu helfen.

**Ein erfreuliches Wort aus protestantischer Munde.**

Gegenüber der auch von uns mitgeteilten Aeußerung des Papstes über das Zusammenarbeiten von Katholiken und Protestanten in den christlichen Gewerkschaften schreibt der konservative „Bairische Volksfreund“:

„Seber vorurteilslose Freund der christlichen Gewerkschaften, der in diesen nicht nur einen gewaltigen Damus gegen die Sozialdemokratie, sondern auch einen Faktor, der berufen ist, den vierten Stand in kultureller und materieller Beziehung zu heben und zu bessern, erblicke, dürfte sich über diese Erklärung aufrichtig freuen. Hier müssen nun auch wir Protestanten die Frage aufwerfen: Warum begegnet man in den protestantischen Kreisen so viel Mißtrauen gegenüber dieser christlichen Arbeiterbewegung? Viele, ich glaube wohl behaupten zu dürfen, vorwiegend Liberale, erblicken in dieser Bewegung ein schwarzes Gespenst, ohne jedoch nur einen Beweis dafür erbringen zu können. Mit diesem Banne muß unter allen Umständen gebrochen werden, denn die christlich-nationale Bewegung verdient, daß sie unterstützt wird, wenn nicht der Sach-Berechtigung finden soll.“ In den Kreisen der Protestanten gibt es Leute, die päpstlicher sind als der Papst.“

Es ist der „Augsburger Postztg.“ durchaus zuzustimmen, wenn sie diese Worte goldene Worte nennt. Es bleibt auch nur zu wünschen, daß unsere protestantischen Kollegen mit aller Entschiedenheit auf die Propagierung der christlichen Gewerkschaften in ihren Kreisen hinarbeiten. Erst dann läßt sich das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vollständig verwirklichen.

**„Streikbrecher“ keine Beleidigung.**

In Köln klagten 23 von Leipzig gelegentlich des Verzeitsreits nach Köln gekommene Ärzte gegen den Kölner Arzt Dr. Ubersheim wegen Beleidigung. In einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform hatte der Beklagte hinsichtlich der Leipziger Ärzte den Ausdruck Streikbrecher gebraucht. Mehr Klagen wurden abgewiesen, weil ein Sühnetermin vorher nicht stattgefunden hatte. Der Beklagte wurde freigesprochen, weil er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe und unter den obwaltenden Umständen eine Beleidigung nicht vorliege. — Sonderbar, höchst sonderbar! Wir haben schon des öfteren überaus zartfühlende Begründungen für Verurteilungen mit anhören müssen, wenn es sich um ähnliche Aeußerungen von streikenden Arbeitern gegenüber Arbeitswilligen handelte. Da fühlte sich der Arbeitswillige

bedrückt, beängstigt, beleidigt und Gott weiß was. Sogar die Bezeichnung „Nichtraucher“ wurde von einem Gericht als Beleidigung angesehen und erfolgte Bestrafung. Und das angesichts der unter den Arbeitern üblichen herberen Sprache. Es kann da gar nicht wundern, wenn unter den Arbeitern die Meinung weitverbreitet ist, unsere Richter fühlten mit den ihnen gesellschaftlich näher stehenden viel tiefer, und zeigten für ihre Angelegenheiten ein weit größeres Interesse, das seinen Ausdruck in der Berücksichtigung des sozialen Gesichtspunktes bei Auslegung des Gesetzesparagrafen fände.

**„Nationale“ Hirsch-Dunker.**

In den letzten Jahren haben die H.-D.-Gewerksvereine sich große Mühe gegeben, die „nationale“ Flagge recht auffällig herauszustecken und im Gegensatz zu früher sehr patriotisch zu sein. Aber hier und da fällt doch der eine oder andere im H.-D. Lager wieder aus der Rolle und tanzt wieder eine Extravaganz. So auch das früher äußerst radikale Düsseldorf H.-D. Reformorgan. Die „Westf. Post“ bringt in Nr. 19 einen Artikel über eine Friedenskundgebung in London, die von mehreren H.-D. Führern — darunter auch der Redakteur des Düsseldorfer Blättchens — bei den Engländern veranstaltet wurde. Der Artikel beginnt mit dem sonderbaren Satz: „Noch hatten die Reden nach, die im englischen Parlament über die Kriegsbrohungen Deutschlands gehalten worden sind.“

Von „Kriegsbrohungen“ Deutschlands gegen England ist höchstens in den wirren Köpfen einzelner englischer Kriegsbeher phantasiert worden, sonst weiß kein besonnener Mensch sowohl diesseits wie jenseits des Kanals etwas davon. Nur ein Hirsch-Dunker'sches Blatt in Deutschland ist patriotisch genug, diesen Spud seinen Lesern als feststehende Tatsache anzuführen. Mit einem derartigen „Nationalgefühl“ werden die Hirsch-Dunker in Wirklichkeit national gesinneten Arbeiterkreisen allerdings keine Erhebungen machen. Das war wieder mal eine „Leistung“!

**Aus der Metallindustrie.**

**Opfer der Arbeit.**

Den 20. r. Ein schreckliches Unglück ereignete sich kürzlich auf der Mühlhoferer Mühle. Der Hochofenarbeiter Thewald von Sahn wurde bei der Bedienung des Hochofens von den ausströmenden Gasen betäubt und stürzte kopfüber in den glühenden Trichter. Glücklicherweise war es einem Mitarbeiter möglich, ihn sofort heraus zu ziehen. Trotzdem hat sich Thewald derartige Brandwunden zugezogen, daß sein Auskommen in Frage steht.

**Köln - Ehrenfeld.** Von einem schweren Unglück wurde unser Kollege B. vom Eisenwerk Wauer betroffen. Durch nichtfunktionieren der Presse wurden demselben drei Finger der linken Hand abgeschnitten. Der Kollege B., allgemein als tüchtiger und opferfreudiger Kollege geachtet und beliebt, wird des Mitgeföhls seiner Arbeits- und Verbandskollegen sicher sein.

**Hattlingen.** Ein folgenschweres Unglück ereignete sich am 9. Mai auf der hiesigen Heinrichshütte. An giftigen Gasen erstickten 4 Arbeiter, darunter zwei verheiratete. Es sind die Hochofenarbeiter Marnowski, die Schlosser Gathmann und Böse und Feuerwehrmann Gajewski. Ein gefährdeter Feuerwehrmann konnte noch gerettet werden.

**Wülflingen (Saar).** Auf den „Mühlhieschen“ Eisen- und Stahlwerke in Wülflingen verunglückte am 7. d. Mts. der Arbeiter Michels, indem er an der Walzenstraße fiel und ihm ein glühender Eisenstab über Kopf und Hals ging. Der Tod trat sofort ein. Michels arbeitete die erste Schicht auf dem genannten Werke und hatte noch niemals an einer Walzenstraße gearbeitet. Am 9. d. verunglückte auf demselben Werke am Hochofen der Arbeiter Schneider, durch verbrennen an glühenden Gieß.

**Dortmund.** Auf Reche „Adolf von Hausmann“ erlitt der Schlosser Friedrich Mittbrett am 13. Mai durch Sturz von einem Gerüst einen Bruch der Wirbelsäule, an dessen Folgen er bald darauf starb.

**Streik- und Lohnbewegungen.**

**Zur Ausperrung in der Hagener Metallindustrie.**

Der Arbeitgeberverein für die Kreise Hagen-Schwelm hat in seiner am 12. Mai stattgefundenen Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: „Falls nicht bis zum 25. Mai die von den Arbeiterorganisationen ausgehende Sperre aufgehoben und die Arbeit in allen bestreikten Betrieben wieder aufgenommen ist, so tritt an diesem Tage, am 25. Mai d. J. mittags 11 Uhr die Kündigung von 30 Prozent sämtlicher Arbeiter der Verbandswerke der Eisenindustrie unseres Bezirkes ein, wobei in erster Linie die Organisierten betroffen werden sollen. Sollte vom Ablauf von 8 weiteren Tagen die Sperre nicht aufgehoben, und die Arbeit nicht in allen Betrieben wieder aufgenommen sein, so erfolgen in Abständen

von je 8 Tagen weitere Kündigungen von je 20 %. Der Arbeitgeberverband scheint also fest entschlossen zu sein, eine Machtprobe herbeizuführen. Trotzdem wendet man sich noch einmal an die Arbeiter, die wir zum größten Teil als friedfertig und verständlich ansehen zu müssen glauben, wie es in einer Bekanntmachung des A. B. heißt, und richtet die ernstste Mahnung an dieselben, den letzten Schritt zu verhindern. Eigentümlich! Erst sorgt gerade der A. B. dafür, daß der Kampf ein größerer wurde, dann sollen die Arbeiter den letzten Schritt verhindern. Wir sind fest davon überzeugt, hätte nicht der A. B. durch die Herausgabe der „schwarzen Listen“, wodurch man gänzlich unbeteiligte Arbeiter brotlos machte, die Situation verschärft, es könnte heute anders sein.

Aber man wünschte allem Anscheine nach den Kampf. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß der Arbeitgeberverband in einer Erklärung dafür warnt, den Nichtorganisierten eine freiwillige Unterstützung zu geben. Wenn auch wirklich, wie man anführt, einige Organisierte von der Unterstützung mitbekommen hätten, wäre das dann so schrecklich gewesen?

Die Hammerschmiede des Grüntaler Wertes hatten auf Ersuchen des Herrn Oberbürgermeisters Luno das Arbeitergericht als Einigungsamt angerufen, aber ohne Erfolg. Die Werksleitung erklärte nämlich, daß die Regelung der Streitigkeiten Sache des Arbeitgeberverbandes wäre. Ob es nun gelingt, mit diesem eine Einigung herbeizuführen, ist noch ungewiß. Jedenfalls haben die Metallarbeiter von Hagen alle Ursache, die Augen offen zu halten. An der Einigkeit, dem treuen Zusammenhalten aller Arbeiter müssen die Pläne der Unternehmer scheitern.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Machen.** In der Eisengießerei Josefshütte bestehen seit längerer Zeit Differenzen.

**Berlin.** Die Baulempner stehen in einer Lohnbewegung.

**Deilmannshoff.** In der Zinnblechfabrik „Schwinnemarke“ stehen die Arbeiter im Streik.

**Hagen i. W.** Der ganze hiesige Industriebezirk ist für Metallarbeiter aller „erufe gesperrt.

**Hannover-Linden.** Hier stehen die Klempner und Installateure im Streik.

**München.** Die Firma Bamberger, Kleinmaschinenfabrik, hat sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

**Nadbornwald.** Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Lit an sind die Arbeiter ausgesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Mai 1909 der einundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 30. Mai fällig.

Alle Zahlstellen mit 50 und mehr Mitglieder müssen dazu übergehen, die überrschüssigen Verbandsgehälter jeden Monat im Voraus als Vorschuß an die Hauptkasse zu senden. Bei den heutigen Beiträgen stehen jeden Monat schon ziemlich hohe Summen in den Händen der Ortskassierer zusammen, die nutzlos bis zur Abrechnung daliegen und manchmal für den Kassierer noch eine Gefahr bilden, während sie an der Hauptkasse im Interesse des Verbandes verwendet werden können. Die Kassierer aller größeren Zahlstellen werden deshalb ersucht, alle nicht am Ort notwendigen Verbandsgehälter jeden Monat an die Hauptkasse zu senden, wie es von einzelnen Zahlstellen auch jetzt schon ohne weitere Anregung geschehen ist.

**Zur Beachtung.**

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen die Broschüren „Wirtschaftskrisen“ von Dr. Deutsch und „Stand des gesellschaftlichen Arbeiterchums“ bei. Dieselben sind für die Bibliothek der Ortsgruppen bestimmt und deshalb dem Vorsitzenden auszubändigen. Die Broschüren werden zum Preise von 20 Pf. pro Stück den Ortsgruppen in Rechnung gestellt. Der Betrag ist bei der nächsten Quartalsrechnung mit einzusenden. Weitere Exemplare zum Vertrieb in Mitgliederkreisen können durch die Centrale bezogen werden.

**Wasseraisingen.** Das Mitgliedsbuch Nr. 84696 von Kollegen F a v e r R u f, Hüttlingen-Wasseraisingen ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

**Quisburg I.** In Abwesenheit des Kollegen ... werden die Verwaltungssachen wie folgt ge-

regelt: Sonntag und Montag ist das Bureau geschlossen. An allen anderen Wochentagen ist geöffnet von abends 6 1/2 Uhr an, sowie Mittwoch, Donnerstag und Freitag morgens von 10—1 Uhr. Sämtliche Unterstüßungen werden Samstag in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags ausbezahlt. Wandernde Kollegen mögen sich an der Centrale (Seltenstr. 19) melden.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Pforzheim.** Kürzlich haben wir in einem Artikel über die Gold- und Silberwarenindustrie darauf hingewiesen, daß von vielen Fabrikanten die gegenwärtige Wirtschaftskrise dazu benutzt wird, um die Löhne und Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Wie rücksichtslos dabei vorgegangen wird, beweist am besten das Verhalten der Firma Stofert u. Cie. Es ist dies jene Firma, die vor der Lohnbewegung 1908 bei den Arbeitern in solch „gutem Ruf“ stand, daß es diesen Herren geradezu unmöglich war, einen Stamm von solchen Arbeitern zu halten.

Durch das solbarische Zusammenarbeiten der christlich-organisierten Kollegen und durch das Entgegenkommen des damaligen zweiten Teilhabers der Firma, gelang es, während der Lohnbewegung die Löhne dort etwas zu bessern. Bald zeigten sich aber Bestrebungen, die Löhne auf ihren alten Stand herunterzubringen, so daß die Vertrauensleute der Arbeiter des öfteren vorstellig werden mußten. Als nun der zweite Teilhaber aus dem Geschäft austrat, scheint es, daß unter der gemäßigten Regierung des neuingetretenen jungen Herrn Stolet und des Proturisten Herrn Goller (dann nach Auslage des letzteren Herrn braucht man ja den alten Herrn Stolet nicht mehr ernst zu nehmen! D. C.), durch Lohnkürzungen das Renommee der Firma gehoben werden soll.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß nur 3—4 Tage pro Woche gearbeitet wird und viele Arbeiter mehrere Wochen aussetzen müssen. Da kommt es diesen Herrn gar nicht in den Sinn, daß die Arbeiter doch auch leben müssen. Bei Wochenlöhnen von 10—18 Mark, wie sie gegenwärtig erzielt werden, soll also auch noch billiger gearbeitet werden.

Arbeiterentlassungen wegen Arbeitsmangel kommen häufig vor. Sonderbarerweise sind aber auch tüchtige und solide Arbeiter entlassen worden, vermutlich weil sie auf ihre Arbeiterrechte noch etwas hielten und sich nicht zu Maschappen degradieren ließen. Darunter sind Leute, die über 4 Jahre bei der Firma beschäftigt waren, und die sonst ihre Jungmänner durch Treue, Fleiß, Wirklichkeit und gutes Betragen die Zufriedenheit des Arbeitgebers erworben haben.

Bezeichnend ist auch, daß Arbeiter, die früher schon wegen Bummels entlassen und dann wieder eingestellt wurden, sich dazu hergeben, das mit harter Mühe in der Lohnbewegung Errungene durch Lohnbrüdererei wieder ungesichert zu machen und daß dieselben dadurch bei den vorgenannten beiden Herren in hoher „Achtung“ stehen.

Diesen „Achtung“ geben wir zu erwägen, wie lange es wohl anstehen wird, bis es auch ihnen nicht mehr gelingt, den Anforderungen, die durch die gebräuchlichen Löhne an die Arbeitskraft gestellt werden, zu genügen. Dann heißt es entweder, um geringen Lohn zu kämpfen oder aber aufs Pflaster zu fliegen, wie es manchem Kollegen schon ergangen ist. Hoffentlich sehen es die Arbeiter bald ein, daß es unter diesen Verhältnissen doch auf die Dauer nicht weitergehen kann. Sie müssen vor allem einig werden, fest zusammenstehen und sich bis zum letzten Mann der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, der auch hier in Pforzheim in günstiger Entwicklung begriffen ist und im Interesse der hiesigen Metallarbeiter immer weiter ausgebaut werden muß.

**Hamm i. W.** Unsere Gegner sind eifrig an der Arbeit, die erfolgreiche Arbeit und die damit im engsten Zusammenhang stehende günstige Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu hemmen. Sozialdemokratische und Hirsch-Dunker'sche Blätter wie Agitatoren und Unternehmern weitestgehend in diesem unfruchtbaren Beginnen. Insbesondere hat es ihnen das Vordringen der verhassten Christlichen in den gesellschaftlichen Arbeitervertretungen angetan. Die Erfolge der christlichen Vertreter in den Krankenkassen versucht man zu schmälern oder gar ins Gegenteil zu verdrehen. So auch für die Betriebsklasse des Pöbntz. Diesem Treiben gegenüber veröffentlicht nun ein christlicher Vertreter in der hiesigen Tagespresse folgendes Eingekandt.

In der am 29. April 1909 stattgefundenen Generalversammlung der Betriebs-Krankenkasse des „Pöbntz“, Wabteilung Westfälische Union in Hamm, bestritt, wie mir mitgeteilt wird, ein Vertreter, daß die letzten Verbesserungen in der Kasse, wie die Einbeziehung der Familien in die kassenärztliche Behandlung, auf die Initiative der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Vertreter zurückzuführen sei. Der Herr fand hierbei die lebhafte Unterstützung des anwesenden Werkvertreters. Letzteres ist aus ziemlich durchsichtigen Gründen ohne Weiteres klar und brauche ich hierüber kein Wort zu verlieren.

Um Segenserbildungen zu vermeiden, möchte ich den Verlauf der Sache schildern, wie er in Wirklichkeit ist. Ich glaube hierzu umso mehr in der Lage zu sein, da ich dem Vorstande genannter Kasse von Dezember 1908 bis Dezember 1909 angehörte, also in der Zeit, in welcher die genannten Verbesserungen durchgeführt wurden.

Am 9. August 1907 fand eine vom christlichen Metallarbeiterverband arrangierte Sitzung der Krankenkassenvertreter genannter Kasse im Lokale des Herrn Drees statt. Hier wurde über die zur nächsten Generalversammlung zu stellenden Anträge verhandelt. Es wurde sogar die Beauftragung einer außerordentlichen Generalversammlung in Aussicht genommen. Zum Schluß einigte man sich darauf, daß die Arbeitervertreter im Vorstande in der nächsten Generalversammlung diese Anträge stellen sollten. Die nächste Vorstandssitzung kam und die Vorstandsmitglieder, die dem christlichen Metallarbeiterverband nicht angehörten, jagten kein Wort. Ich brachte den Antrag „Einbeziehung der Familien in die kassenärztliche Behandlung“ ein. Dem Vorsitzenden fand ich wenig Geneigte für

meinen Antrag. Er erwiderte mir: „Das geht nicht so von oben herab, da müssen wir erst in Rührung und Laar anfragen. Es ist auch geplant, die Sache allgemein für den ganzen Phönix einzuführen.“ Ich erwiderte: „Nach den Bestimmungen des Krankentagegeldes ist jede Betriebskrankenkasse selbständig und können wir dieses unabhängig von den anderen Phönixwerken einführen.“ (Eigentlich kann dieses ja auch gegen den Willen der Werkstätten eingeführt werden, aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen; folglich auch zwei Drittel der Stimmen haben. Die Voraussetzung ist allerdings, daß Vertreter seitens der Arbeiter gewählt werden, die nicht nur tun, was der Werkleitung angenehm ist. Dieses zur Erläuterung nur nebenbei.) Nach dieser Vorstandsbesprechung habe ich dem Kassierer der Klasse Material über solche Verleibstassen zugesandt, die Familienbehandlung eingeführt haben. Kurz nachdem ist die Sache auch eingeführt worden.

Zum Schluß noch die Frage, wenn der Phönix am nächsten Tage die Sache wirklich auf eigene Initiative einführen wollte, warum ist es denn früher nicht geschehen? Warum müssen erst die Anträge zur Annahme bringen? Warum werden denn jetzt nicht mehr als zwei Ärzte angestellt? Dieses ist auch schon oft genug von den christlichen Vertretern angeregt worden. Hier wäre es an der Zeit, Arbeiterfreundschaft zu zeigen. Zwei Ärzte für 2000 Arbeiter und deren Familien ist reichlich wenig.

Also ihr nichtorganisierten Krankentagegeldvertreter hier ist noch reiches Feld. Anstatt nutzloser Diskussionen arbeitet mit, dann ist es auch möglich, daß für die Arbeiter etwas erreicht wird.

Den Arbeitern des Phönix möchte ich aber den Rat geben, treten ein in den christlichen Metallarbeiterverband, wählt die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes. Dann ist auch die Garantie gegeben, daß für euch und eure Familien wirklich etwas getan wird. Die christlichen Vertreter haben durch ihre Tätigkeit bewiesen, daß sie nicht um des eigenen Vorteils willen arbeiten, sondern um die Interessen der Arbeiter zu fördern und so wird es auch bleiben.

**Oberhausen (Mhb.)** Der sozialdemokratische Zentralverband der Feizer und Maschinisten geht hier auf den Gipfelpunkt. Mit großem Tamtam hatte er auf Dienstag, den 4. und Mittwoch, den 5. Mai zwei Betriebsversammlungen arrangiert. Schon einige Tage vorher hatte man an vielen Stellen blutrote Plakate anheften lassen mit der Frage: Feizer und Maschinisten, wie verbessern wir unsere Lage? Sodann wurden noch kleine Handzettel ausgegeben, wo ebenfalls noch Plakate für die Versammlungen gemacht wurde. Die Stunde rückte immer näher und gegen 1/27 Uhr ging es los. Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes hatte sich ebenfalls eingefunden, um zu hören, was der „Zentralverband“ wollte. Der Redner, ein Herr Mathis aus Köln, ging dann mit gerade nicht zu großer Reue an das Werk, um den erschienenen Feizern und Maschinisten zu beweisen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, sich in einem besonderen Zentralverbande zu organisieren. In seinem Referat kam Redner auf allerhand zu sprechen, nur nicht auf die Verhältnisse der Feizer und Maschinisten der Gutehoffnungshütte. Zum Schluß seiner hinterbunten Ausführungen sagte er, religiös und politisch sind wir vollständig neutral, da kann jeder machen was er will. Er forderte dann die Erschienenen auf, sich geschlossen dem Zentralverband der Feizer und Maschinisten anzuschließen.

Als erster Diskussionsredner erhielt ein Vertrauensmann vom christlichen Metallarbeiterverband das Wort und widerlegte dem Herrn Mathis manches von seinen Ausführungen. Der Beifall zeigte, daß nicht Herr Mathis, sondern der christliche Vertrauensmann den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Nachdem noch ein Anwesender für die Einigkeit der Arbeiter gesprochen hatte, bekam Kollege Oberhassel das Wort. Zuerst begrüßte er den mittlerweile erschienenen „Obergemossener“ Arnstaal, und stellte fest, daß jetzt die Versammlung ihr richtiges Gepräge erhalten habe, denn mit dem Erscheinen der „tüchtigen Kraft“ erklärte sich manches von dem Stattfinden der beiden Versammlungen. Dem „hohen“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, der in Oberhausen abgewirtschaftet habe, solle jetzt durch den so neutral geprüften Zentralverband der Feizer und Maschinisten wieder neues Lebenslicht eingeblasen werden. Um aber der Versammlung ein richtiges Bild vom „Zentralverband“ zu geben, ging Redner auf das Referat und die ausgelegten Drucksachen etwas näher ein.

Die Notwendigkeit einer geforderten Organisation sei ein großer Schaden für die gesamten Feizer und Maschinisten der Gutehoffnungshütte. Denn wo jetzt der christliche Metallarbeiterverband eine große Anzahl Feizer, Maschinisten und andere Hüttenarbeiter organisiert habe, müßten auch die noch nicht organisierten Feizer und Maschinisten sich solidarisch mit ihren Arbeitskollegen erklären. Die Feizer und Maschinisten könnten niemals allein in eine Bewegung treten, so lange nicht die übergroße Mehrheit der Hüttenarbeiter ebenfalls organisiert sei. Es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterkraft, wenn Herr Mathis die schon organisierten Arbeiter wieder zerplittern wolle. Das eine sehe fest, die übergroße Mehrheit der Arbeiter der Gutehoffnungshütte werde sich niemals einer sozialdemokratischen Organisation anschließen. Stürmischer Beifall belohnte den Redner für seine Worte.

Herr „Obergemossener“ Arnstaal verlangte ebenfalls das Wort. Seine Ausführungen waren nur Gift und Galle gegen die „bösen Christlichen“. Wie immer, so fiel auch diesmal die „tüchtige“ Kraft ganz gehörig aus der Rolle und Verleumdungen und Unwahrheiten waren bei ihm so wohlfeil wie Brombeeren. Unter anderem log er der Versammlung vor, daß der christliche Metallarbeiterverband im letzten Jahre nur 12 Mark Krankenunterstützung ausgezahlt habe. Doch jetzt war die Gebuld der Versammlungsteilnehmer am Ende und nach der Aufforderung Oberhassels verließen die Anwesenden unter Glockenläuten den christlichen Metallarbeiterverband die rote Versammlung und eröffneten gleich im Nebenlokal eine christliche Versammlung.

Mit Tönen in den Augen und Gift und Galle im Herzen fanden nur die Gemossener Arnstaal und Mathis, als die betrübten Bohrer, denen die Hölle fortgeschwemmt

waren, und mußten zusehen, daß die Versammlungsteilnehmer, bis auf 4 Genossen, sich in der christlichen Versammlung befanden. Kollege Oberhassel sprach hier noch über das arbeiterverräterische Treiben der Genossen und des „Niederheimischen Sozialisten-Blutes“. Die Versammlung habe gezeigt, daß die Genossen mit ihren Phrasen bald am Ende sind. Unter brausenden Hochrufen auf den christlichen Metallarbeiterverband wurde auch diese Versammlung geschlossen. Eine Anzahl der Anwesenden meldete ihren Eintritt in den Verband an.

**Vielefeld.** In der hier erscheinenden sozialdemokratischen „Vollmacht“ quält sich ein „r.“ ab, die Unterstützungen der hiesigen Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in empfehlende Erinnerung zu bringen. Man beruft sich in Nr. 100 der „Vollmacht“ auf einen Artikel, der in Nr. 12 unseres Verbandsorgans veröffentlicht worden ist und der eine scharfe Beurteilung des besonders von der Ortsverwaltung Vielefeld des roten Metallarbeiterverbandes betriebenen Unterstützungsunwesens ist. Die „Vollmacht“ macht daraus eine „Anerkennung des Unterstützungsunwesens im Deutschen Metallarbeiterverband, insbesondere der Verwaltung Vielefeld.“

Die Beschaffenheit der „Vollmacht“ ist wirklich in dieser Beziehung nicht mehr zu übersehen. Unsere Kollegen werden gut tun, Nr. 12 unseres Verbandsorgans und fraglichen Artikel sich einmal genau durchzulesen, dann werden sie sich überzeugen können, worin die „Anerkennung des Unterstützungsunwesens“ besteht, von welcher die „Vollmacht“ faselt. Das edle Blatt glaubt aber auch noch einen ganz besonderen Trumpf auszuspielen, wenn es bemerkt, daß in „christlichen Verband aus Mitgliederhunger in einzelnen Orten, darunter in Drahtweh, die Ausgehenden zusammen gerechnet werden.“ Da schließen die Herren Genossen mal wieder von sich auf andere, denn was für sonderbare Blüten die Unterstützungsstelle hier in Vielefeld treibt, hat die Ortsverwaltung Vielefeld doch zur Genüge am eigenen Leibe erfahren. Ist es doch vorgekommen, daß in Arbeit stehende, sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter, um auch an dem Unterstützungsbesagen teilzunehmen, täglich eine Stunde Urlaub nahmen und sich dann bei der Ortsverwaltung als arbeitslos meldeten, um neben ihrem Lohn noch Unterstützung zu bekommen.

Aber ganz abgesehen davon, verleugnen ja die Herren ihre ganze Vergangenheit! Wie konnten in früheren Jahren die Herren Verbändler z. B. über die Hirsch-Dunderstich losziehen, weil diese auch die Unterstützungsstellen in den Vordergrund stellten. In jener Zeit hörte man, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften „Kampfgewerkschaften“ seien, keine „Unterstützungsvereine“, und heute — ?

Heute haben die Leute, die früher sich so wild gebärdeten, alle den Weg nach Damaskus gefunden, sie sind alle vom „Caullis“ zum „Paulus“ geworden, denn das stärkste Organisationsmittel ist bei ihnen nicht mehr der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern Kranken- und Sterbeunterstützung, besonders hier in Vielefeld. Dort, wo die Mitglieder noch den Geist der alten Schule in sich spürten, wie in Stettin und Mannheim, wird ihnen seitens der Verbandsleitung der Vorwurf höher gehängt, weil eben keine Mittel vorhanden sind. Aber auch in unserer nächsten Umgebung sowohl wie in Vielefeld selbst können die sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter davon ein Liedchen singen.

In Herford war seitens der Firma Mebaum u. Gutenbergs 7 Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gekündigt worden; unter den Kündigten befand sich auch der Vorsitzende des Arbeiterausschusses. Infolgedessen entstanden zwischen der Firma und der Arbeiterkraft ernsthafte Differenzen. Kollege Möös in Vertretung unseres Bezirksleiters und Spiegel vom sozialdemokratischen Verband wurden vorstellig, aber ohne jeden Erfolg. In einer am 23. April stattgefundenen Betriebsversammlung sollten dann entscheidende Beschlüsse gefaßt werden; aber die Arbeiterkraft hatte die Rechnung ohne den Wirt, soll heißen ohne den Bezirksleiter Spiegel gemacht. Die stark besuchte Versammlung wartete und wartete auf den Verbandsvertreter, aber wer nicht kam, war Freund Spiegel. Als Vertreter unseres Verbandes war Kollege Buchner-Goslar anwesend. Auf eine telephonische Anfrage in Vielefeld wurde endlich hahn mitgeteilt, „Spiegel habe in Gelsenkirchen auf einem Hüttenwerk“ zu tun und könne nicht kommen. (Spiegelberg, das kennen wir!) Die ganze Angelegenheit kam dadurch auf ein totes Geleise und die 7 gekündigten sozialdemokratisch organisierten Kollegen flogen erbarmungslos aufs Pflaster. Wie aus Äußerungen dieser Kollegen hervorgeht, machen sie Spiegel für diesen blamablen Ausgang verantwortlich und das auch mit Recht.

Herford liegt in nächster Nähe von Vielefeld, hier sind eine ganze Anzahl freigestellte Beamten tätig, aber keiner hatte Zeit, sich um Herford zu kümmern! Jedenfalls aus dem Grunde, weil sie in Vielefeld alle Hände voll zu tun haben, um den sozialdemokratisch organisierten Kollegen die Vorzüglichkeit der „hohen“ Sterbeunterstützung klar zu machen. In Nr. 102 der „Vollmacht“ stellt diese dann noch die Leistungen des sozialdemokratischen und des christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber und leistet sich zum Schluß folgenden Satz:

„Was besagt in anbeacht dieser Leistungen die Verminderung des Vermögensbestandes beim Deutschen Metallarbeiterverband um 880 173,95 Mark? Die Unpünktlichkeit der Mitglieder, welchen die Summen zu Gute gekommen sind, wird dafür sorgen, daß die Verminderung baldigt wieder wett gemacht wird.“

Sollte nicht auch aus diesem Bestehen heraus, die Verminderung des Verbandsvermögens aufzuhalten und wieder wett zu machen, die Verbandsleitung den Daumen etwas fester auf den Beutel legen und gleichwie in Stettin und Mannheim auch die Bewegung in Herford abgemurkt worden sein? Mag die rote Huterin des Kapitols, genannt „Vollmacht“, noch so sehr zeigen und zeteren, die Aufklärungsarbeit der christlichen Gewerkschaften wird dadurch nicht aufgehalten werden.

Die christlich organisierten Arbeiter in Vielefeld, besonders unsere christlichen Metallarbeiter, müssen und werden wie bisher durch eifriges Agitieren und Werben für unsere Ideen dafür Sorge tragen, daß der christliche Me-

tallarbeiterverband auch in Vielefeld immer mehr erstarkt, sind wir auch noch im Verhältnis zum sozialdemokratischen Verband noch klein an Zahl, in der Arbeit um das Wohl des Arbeiterstandes wollen wir uns von niemand übertraffen lassen. Mit Genugtuung können wir auf die Entwicklung unseres Verbandes zurückblicken. In der Hauptklasse haben wir einen Bestand von 680 318,55 Mark, während das Vermögen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fast genau soviel zurückgegangen ist und am 31. Dez. 1908 8 273 297,64 Mark betrug. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl der beiden Organisationen hätte aber der sozialdemokratische Metallarbeiterverband rund 15 Mal mehr Vermögen besitzen müssen wie unser christlicher Metallarbeiterverband. Es hätte also in der Hauptklasse des sozialdemokratischen Verbandes zu Stuttgart nicht 8 273 297,64, sondern 16 x 680 318,55 Mark = 9 904 703,25 Mark sich befinden müssen.

Aus diesem Exempel werden unsere Kollegen ersehen, daß wir uns getroßt setzen lassen können, darum sich die Zahlen gemerkt, damit die Kollegen auch in den Werkstätten Rede und Antwort stehen können. Die daher jeder unserer Kollegen seine Pflicht, arbeiten wir auch nützlich weiter in Vielefeld, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben trotz „Vollmacht“ und Genossen.

**Wülshelm (Rhein).** Vor kurzem erschien in verschiedenen Tageszeitungen der Jahresbericht der Zellenu. Gullkaums-Lahmeyer-Werke A.-G. in Wülshelm (Rhein), der für die Arbeiterkraft manch Beachtenswertes enthält. Dem genannten Bericht entnehmen wir Nachfolgendes:

Der Rohgewinn betrug im Jahre 1908: 14 618 885 Mark gegen 15 441 748 Mark im Vorjahre. Hieron gehen ab: Handlungsunkosten 5 369 236 Mark (5 751 636 Mark), Abschreibungen 2 304 994 Mark (2 426 771 Mark), Steuern, Zinsen, Spesen usw. 1 817 135 Mark (1 602 251 Mark). Somit ergibt sich einschließlich des Vortrages von 435 203 Mark (421 537 Mark) ein Reingewinn von 5 562 723 Mark. Derselbe wird verwendet für: Rücklage 256 723 Mark (208 204 Mark), 8 % Dividende = 4 440 000 Mark (10 % = 2 750 000 Mark), Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen 90 000 (90 000) Mark, Beamten-Ruhegaltstfond 150 000 Mark (150 000 Mark), Aufsichtsratskonten 226 906 Mark (327 216 Mark), Vortrag auf neue Rechnung 499 499 Mark (435 203 Mark). Eingezahltes Aktienkapital 55 Millionen Mark.

Der Bericht konstatiert, daß das für uns hier zunächst in Betracht kommende Karlsruher in Wülshelm-Rheinau namhafte Aufträge aus dem Vorjahre mit übernahm. Die ersten Monate des Jahres 1909 verliefen ruhig und gleichmäßig. Nach diesem Zeitpunkte nahmen die Aufträge für das Drahtwerk, die Drahtwarenfabrik, Drahtstiftfabrik und die Verzinker ab, jedoch das Wert Eisermischungen eintraten ließ. Auch die Feindrahtzieherei war in ihrer Tätigkeit beschränkt, weil für die Drahtwarenfabrik weniger Bedarf vorhanden war, als im Vorjahre. Das Kabelwerk war das ganze Jahr mit Ausnahme der allerletzten Zeit befriedigend beschäftigt.

Kupferwerk und Kupferdrahtzieherei war im ersten Halbjahr gut beschäftigt, im zweiten Halbjahr flaute das Geschäft etwas ab. Der Verkauf von Starkstromkabeln und Kupferdraht war durch Kautell geregelt. Die Drahtstiftfabrik hatte das ganze Jahr regelmäßige Beschäftigung; Ende des Jahres ließen die Preise etwas nach.

Das Drahtwalzwerk war mit Aufträgen in Kupfer- und Eisenblech das ganze Jahr über gut versehen. Es wurde ein neues Walzwerk gebaut, das im Mai in Betrieb gesetzt werden soll.

Für das laufende Jahr eröffnet der Bericht keine schlechten Aussichten. Mit Beginn dieses Jahres hat das Karlsruher einen Bestand an Aufträgen in annähernd der gleichen Höhe übernommen wie im Vorjahre. Innerhalb der ersten vier Monate erhöhte sich dieser Bestand gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 20 %. Besonders im Drahtwerk konnte der Betrieb wieder voll aufgenommen werden; auch die erzielten Preise sind dank der getroffenen Preisabvention gut.

Das Kabelwerk ist ebenfalls reichlich mit Aufträgen versehen, jedoch zu weniger guten Preisen. Bessere sind die Folge der wüsten Preisrückfälle, welche nach dem Zusammenbruch des Kabelkartells am Anfang dieses Jahres einsetzte. Jedoch ist von dem inzwischen wieder zustande gekommenen neuen Kartell voraussichtlich Besserung zu erwarten.

Das Kupferwerk und die sonstigen Betriebe des Karlsruherwerkes sind ständig und gut beschäftigt. Soweit in kurzem der Geschäftsbericht.

Dieser Jahresbericht beweist jedenfalls, daß die Geschäftslage in diesem Betriebe tatsächlich nicht so schlecht gewesen ist, als sie der Arbeiterkraft vorgezaubert wurde. Wenigstens läßt die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent immerhin eine ganz nette Rentabilität des angelegten Kapitals konstatieren. An Lantemen für die Herren Aufsichtsräte wurde die Kleinigkeit von 226 907 Mark bezahlt, jedoch für die „anstrengende, im höchsten Grade ungesunde und aufreibende Tätigkeit“ eines Aufsichtsrates kaum mehr als 17 000 Mark vergütet wurde. Demgegenüber nehmen sich die Löhne der Arbeiter, besonders in der Verzinker, ganz großartig aus. Leider ist es gerade in diesem Betriebe der Organisation unmöglich, festen Fuß zu fassen, sobald diese Leute tatsächlich selbst Schuld an ihrem traurigen Los sind.

Aber auch in den anderen Betrieben wurde versucht, die Folgen der Krise auf die Arbeiterkraft allein abzuwälzen, allerdings mit ungleichem Erfolge. Im allgemeinen kann behauptet werden, daß in den straff organisierten Abteilungen Mühsal nicht in dem Maße angeboten wurden, wie in denjenigen Betrieben, wo die Organisation schwach vertreten ist. Daß verschiedene Betriebsführer keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen und daß letztere eben nur das bekommen, was sie sich auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Organisation zu erringen verstehen, zeigt der Auspruch eines solchen Herrn zur Genüge. Als jener Zeit der Arbeiter davon nur am wenigsten bezahlten Arbeitern der Stahldrahtfabrik noch 10 Prozent (mit einer Mehrleistung an Arbeit von 11 Proz.) abgezogen werden sollten, wurde eine Kommission von Arbeitern vorstellig bei ihrem Betriebsführer. Dieser gab einfach zur Antwort: „Sagen Sie Ihren Mitarbeitern, daß dies erst der Anfang ist und noch ganz andere Mühsal folgen werden.“ Von der Kommission darauf auf-

stetig gemacht, daß es doch den Arbeitern unmöglich sei, mit diesem Lohne noch auszukommen, darunter aber viele Leute sind, die im Betriebe alt geworden, warben ihnen einfach zur Antwort: „Wir haben hier keine Versorgungsanstalt!“

Wenn auch glücklicherweise nicht alle Vorgesetzten so unerbittlich denken und es offen aussprechen, so wird doch vielfach nach diesem Rezept gehandelt. Für die Arbeiter des Karlsruher Werkes aber ergibt der Jahresbericht der Firma den Beweis, daß die Beschäftigung im Betrieb nicht so schlecht gewesen ist, wie behauptet wurde. Die verkauften und hergestellten Waaren waren nur gut genug, die Folgen der Krise den Arbeitern aufzuladen. Wer die verschiedenen Betriebe nebeneinander stellt, muß unbedingt zu dem Resultat kommen, daß die Organisation es gewesen, welche den Arbeitern durch Hintanhaltung von Abzügen dieses errungen hat. Deshalb kann es für einen denkenden Arbeiter keinen anderen Ausweg geben, als Beitritt zur Organisation. Für die Arbeiter des Karlsruher Werkes die Parole lauten: „Als zum letzten Mann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!“

**Drensteinfurt.** Hier fand am Sonntag, den 9. Mai eine alljährlich besuchte Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles, in dem u. a. beschlossen wurde, die nächste Versammlung am Samstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, sowie am Fronleichnamstage nachmittags 5 Uhr eine Versammlung mit Frauen abzuhalten, in der, wenn eben möglich, eine weltliche Rednerin sprechen soll, hielt Bezirksleiter Kollege Weinbrenner einen Vortrag über die augenblickliche wirtschaftliche Lage. Zum Schluß seiner Ausführungen legte er die Streit- resp. Aussperrungsgründe im Hagener Industriegebiet dar. Leider sei von den Streikenden bezw. Aussperrten die größte Zahl unorganisiert und für diese sei die Situation doppelt ungünstig, da sie jetzt niemanden hätten, an den sie sich halten könnten. Er ermahnte die Anwesenden, alle nicht organisierten Arbeiter auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, in der sie sich befinden. Auch forderte er die nicht organisierten Arbeiter auf, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, dessen wohlhabendes Unterstützungswesen und dessen gute finanzielle Fundierung Garantie leiste, daß die Interessen der Metallarbeiter am besten gewahrt seien. Das Barvermögen pro Kopf des Mitgliedes ist im christlichen Verbands 27 Mark, im sozialdemokratischen Verbands 9 Mark. Das ist ein Zeichen von guter Finanzwirtschaft. Dem Redner wurde reichlich Beifall zuteil.

Die Metallarbeiter von Drensteinfurt haben bei den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen alle Ursache, sich in der Organisation einen Rückhalt und die nötige Unterstützung zu verschaffen, um ihre Verhältnisse zu bessern. Mit Jammern und Murren ist der Sache nicht zu helfen, es heißt praktisch und unablässig in der Organisation mitzuarbeiten, denn ohne Opfer kein Erfolg, ohne Saat keine Ernte.

Somit beträgt der Ueberschuß 1908 22 427,17 Mark. Das Gesamtvermögen steigt von 212 976,15 Mark auf 235 403,42 Mark. Die erforderliche Höhe des Reservefonds beträgt 250 608,21 Mark. Die wirkliche Höhe 194 500 Mark.

**Eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt**

Scheint sich, wie die „Sozialpolitische Rundschau“ schreibt, vorzubereiten. Auf den beiden Hauptgebieten der Volkswirtschaft, deren Lage als das Barometer der wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen ist, dem Kohlen- und dem Roheisenmarkt, ist mit dem Frühjahr eine Belebung der Nachfrage eingetreten. Während im März auf Kohlenmarkt noch eine merkliche Zurückhaltung bestand, weist der April eine lebhaftere Nachfrage auf. Noch ausgeprägter tritt dies in der Roheisenindustrie in Erscheinung, wo der März auch gegenüber den Vorjahren eine Steigerung der Erzeugungsfähigkeit verzeichnet. Allerdings weist der April wieder eine gewisse Abschwächung auf. Diese zu einer optimistischeren Auffassung berechtigende Entwicklung findet in der Zunahme der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Bestätigung.

Der März brachte nach den Biffen der Krankenkassen in diesem Jahre gegenüber dem Vormonat eine Steigerung der Beschäftigten um 3,12 Proz., während diese Steigerung im Vorjahre nur 1,61 Proz. ausmachte. Während im März 1908 die Zahl der offenen Stellen um etwa 36 Prozent stieg, hob sie sich in diesem Jahre um ca. 50 Prozent. Allerdings darf diese Entwicklung nicht zu Ueberschätzungen Veranlassung geben. Vergleiche mit den Vorjahren heißen hier nur einen bedingten Wert. Während bei normaler wirtschaftlicher Lage die Steigerung der Beschäftigungsziffer um einen gewissen Prozentsatz eine Belebung des Arbeitsmarktes darstellt, muß bei großer Arbeitslosigkeit der früher normale Stand erst wieder erreicht werden, ehe von einer wirklichen Steigerung die Rede sein kann. Höhere prozentuale Zunahmen als in Vorjahren zeigen daher zunächst nur, daß ein Rückstromen der Arbeitskräfte an die alten Arbeitsplätze stattfindet.

Immerhin sehen einzelne Gewerbe unter dem Zeichen der Besserung. Im Baugewerbe zeigt sich eine ausgeprägte Belebung. Das billigere Geld trägt hier mit dazu bei, daß vielfach die Bautätigkeit ziemlich energisch wieder aufgenommen wird. Dadurch werden auch andere Gewerbe mitbegünstigt. In der Holzindustrie zeigt sich eine Abnahme der Arbeitslosenziffer, namentlich Bau- und Tischlereien haben gut zu tun. Zertillindustrie, Backwarenkonfektion und Nahrungsmittelgewerbe berichten gleichfalls günstiger. Offenbar zeigt sich die allgemeine Belebung von Dauer. Zunächst wird man jedenfalls abwarten müssen, ob man es nur mit einer gewissen Reaktion gegenüber der ausnahmsweise ungünstigen Lage des langen Winters zu tun hat, der wieder ein rasches Absinken folgt, oder ob die ungünstige Konjunktur des Jahres 1908 jetzt als überwunden betrachtet werden kann.

**Fachliche Weiterbildung.**

Eine neue Blech- (Klempner) und Installateurfachschule mit Semesterkurven wird als besondere Abteilung der städtischen Gewerbeschule zu Karlsruhe in Baden in kurzer Zeit eröffnet werden.

Der erste dieser Kurse soll am 17. Mai d. J. beginnen und die Dauer von drei Monaten haben. Der Kursus wird Theorie und Praxis umfassen, wenn schon das Hauptgewicht auf die fachtheoretische und geschäftsmännliche Schulung gelegt werden wird. Neben der Blecherei oder Klempnerei wird der gesamten neuzeitlichen Installation besondere Beachtung geschenkt werden. Das Schulgeld soll für Reichsangehörige 40 Mk., für Reichsausländer 80 Mk. für den Kurs betragen.

Diese Gelegenheit, eine in sich abgeschlossene Fachbildung, wie sie der heutige Handwerker und Geschäftsmann braucht, in kurzer Zeit mit geringem Geldeaufwande sich anzueignen, dürfte manchem jungen strebsamen Handwerker willkommen sein. Die Programme, die alles nähere enthalten, werden demnächst gedruckt und sind von der Direktion der städtischen Gewerbeschule, Karlsruhe, Bittel 22, kostenlos zu beziehen.

**Die Besteuerung der Ueberstunden**

veranlaßte die Steuerbehörde in Hagen i. W. eine Anfrage an den preussischen Finanzminister zu richten. Darauf ist ihr folgende Antwort zuteil geworden: Der preussische Finanzminister antwortete, daß die Grundzüge, die für die Nichtbesteuerung des Einkommens aus Ueberstunden bei den Zollbeamten maßgebend seien, auf die Lohnarbeiter nicht angewendet werden dürfen. Die Besteuerung des Lohnes an Ueberstunden müsse bei den Arbeitern aufrecht erhalten bleiben. Gegen Arbeitgeber, die die Angabe des Ueberstundenlohnes verweigerten, werde mit der größten Schärfe vorgegangen. In einem Falle sei bereits eine Abfindung mit 3000 Mark Geldstrafe erfolgt. Wir halten, wie schon bei anderer Gelegenheit gesagt, diese Entscheidung für höchst inkonsequent und ungerecht.

**Ein wanderndes Tuberkulose-Museum.**

Um alle Schichten der Bevölkerung über die Tuberkulose aufzuklären, hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt in der Rheinprovinz die Einrichtung eines wandernden Tuberkulose-Museums beschlossen, das eine Rundreise im gesamten Bezirk der Rheinprovinz

machen soll. In diesem Museum soll alles veranschaulicht werden, was über das Wesen, die Verhütung und Heilung der Tuberkulose bekannt ist. Die einzelnen Phasen der Lungentuberkulose sollen durch Röntgenbilder dargestellt werden, besondere Karten weisen die Verbreitung der Lungentuberkulose nach. Wo dies möglich ist, werden die bildlichen Darstellungen noch durch Modelle unterstützt. Weiter werden Verhaltensmaßregeln zusammengestellt für solche Personen, die wegen ihrer Berufstätigkeit, wegen ihrer Körperkonstitution oder wegen des Zusammenwohnen mit tuberkulose erkrankten Verwandten usw. der Gefahr der Ansteckung besonders leicht ausgesetzt sind. Diese Tuberkulose-Wanderausstellung soll am 1. Juli d. J. fertig sein.

**Briefkasten.**

Der Konferenzbericht von Siegen sowie mehrere andere Einwendungen müßten wegen Stoffmangel zurückgestellt werden.

**Sterbetafel.**

- Düffelb. Dorf.** Unser Kollege Theodor Borge meister starb am 11. Mai an Lungenschwindsucht im Alter von 38 Jahren.
- Falkenau.** Am 9. Mai starb unser Mitglieb Walburga Cornati an Wasserucht im Alter von 60 Jahren.
- Wülheim-Rhein.** Unser Kollege Balh. Plönnies (Drahtarbeiter) verschied nach längerem Leiden an einer Gehirnerkrankung im Alter von 37 Jahren. Ihre Ihrem Andenken!

**Agitationsbezirk Duisburg.**

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokale Nobel, Mühlstraße 4 statt. Sämtliche Ortsruppen resp. Zellen und Sektionen müssen zum mindesten einen Delegierten entsenden. Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen zugeteilt werden. Anträge müssen vor der Konferenz schriftlich bei der Bezirksleitung eingereicht werden.

**Agitationsbezirk Hamm i. W.**

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet umständehalber nicht wie vorgesehen am 20. Mai (Christi Himmelfahrt), sondern am Sonntag, den 4. Juni statt! Alle Ortsruppen resp. Sektionen müssen vertreten sein. Die Konferenz tagt im christl. Gewerkschaftshaus in Minden und beginnt vormittags 11 Uhr. Die Tagesordnung ist den Ortsgruppen schon zugegangen und muß den Delegierten frühzeitig genug übergeben werden.

**Versammlungs-Kalender.**

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!**
- Augsburg.** Samstag, den 22. Mai Versammlung mit Bericht über die Bezirkskonferenz. Unorganisierte mitbringen.
- Brühl-Wieschenich.** Donnerstag, den 20. Mai. (Christi Himmelfahrt) nachmittags 5 Uhr im Lokale Kleinen, Köhlerstraße außerordentliche Versammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Schmitz, Köln und wichtiger Beschlusfassung.
- Chemnitz.** Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 5 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Kollegen Waltrusch aus Erfurt.
- Duisburg I.** Samstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag des Kollegen Herzog bei Kupper's, Wankheimerstraße 61.
- Duisburg-Weiderich.** Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Hagerkamp.
- Essen-Segeroth.** Sonntag, den 23. Mai, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Büsch, Segerothstraße.
- Glückstadt.** Jeden Samstag, nach dem 1. und 15. jeden Mts. Mitglieder-Versammlung im Lokale „zur Stadt Troppau“, Oberwallstraße.
- Groß.** Sonntag, den 23. Mai, große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referent: August Franzen, Dba.-Aufroth.
- Hannover-Rinden.** Sonnabend, den 22. Mai, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Referent: Gewerkschaftssekretär Buchner aus Goslar.
- Hülse.** Samstag, den 22. Mai, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Lechtenbömer.
- Krefeld.** Sonntag, den 23. Mai, Mitglieder-Versammlung vormittags punkt 11 Uhr in der Reichshalle, Kurzstraße. Die Versammlungen finden von da ab alle 14 Tage zur selben Zeit statt.
- Verbach.** Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr Versammlung. Referent: Kollege Buchner.
- Oberhausen (Mhd.).** Sonntag, den 23. Mai, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Ecke Markt und Duppelstraße. (Hartgenbusch.) Vortrag eines auswärtigen Kollegen.
- Wabersburg-Weingarten.** Samstag, den 22. Mai, abends 1/9 Uhr, im Lokal „Wacht am Rhein“ in Ravensburg Mitglieder-Versammlung. Zu dieser Versammlung haben alle Kollegen der Ortsverwaltung Ravensburg-Weingarten zu erscheinen.
- Solingen.** Ab 1. Mai befindet sich unser Vereinslokal bei Ferdinand Borahoff, Gönnerstraße 137 (neben dem Rathaus.) Nächste Versammlung Samstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
- Siegburg.** Sonntag, den 23. Mai, morgens 11 Uhr, im Stammlokale Minoriten Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.
- Wasserralingen.** Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Kollegen Beutel.

**Soziales.**

**Die Zentral-Krankengeldzuschußklasse**

der katholischen Arbeitervereine und christlichen Berufsverbände kann im Jahre 1908 auf eine gute Entwicklung zurückblicken. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist von 267 auf 314 gestiegen. Dazu kommt noch die Verwaltungsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes mit 26 Stellen, so daß im ganzen 48 neue Verwaltungsstellen der Klasse angegeschlossen wurden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 16 063 zu Beginn des Geschäftsjahres auf 18 296 gestiegen, was eine Zunahme von 2333 bedeutet. In diesen Zahlen sind diejenigen, welche die Klasse durch Wegzug, Tod usw. verloren hat, schon in Abzug gebracht.

Ueber Einzelheiten der Kassengebarung orientiert nachstehende Zahlenaufstellung:

Wirkliche Einnahmen pro 1908		M.	S.
An Beiträgen	der Arbeitervereine	367 96	67
„ Eintrittsgelder	„ „	63 394	
„ Strafgelder	„ „	3 257	73
„ Zufällige Einnahmen	„ „	1 543	73
„ Beiträge	des Metallarbeiterverb.	10 654	20
„ Eintrittsgelder	„ „	125	75
„ Strafgelder	„ „	25	0
„ Zufällige Einnahmen	„ „	33	79
„ „	der Zentrale	81	70
„ Zinsen der Rheinisch-Westf. Diskonto-Ges.	„ „	188	10
„ „ vom Reservefonds	„ „	7 907	84
Sa.		398 881	33

  

Wirkliche Ausgaben für 1908		M.	S.
An Krankengeld	der Arbeitervereine	349 723	44
„ Sterbegeld	„ „	6 74	94
„ Zufällige Ausgaben	„ „	1 061	01
„ Krankengeld	des Metallarbeiterverb.	10 942	17
„ Sterbegeld	„ „	71	10
„ Zufällige Ausgaben	„ „	5	49
„ Druckfachen	der Zentrale	11	11
„ Miete	„ „	2 419	5
„ Porto	„ „	14	
„ Sachliche Ausgaben	„ „	71	40
„ Persönliche Ausgaben	„ „	25	90
„ Zinsen	„ „	3 91	75
„ „	„ „	279	
Sa.		398 451	30